



Europäische Union

■ Flucht und Migration – „Die Achse der Willigen“
Seite 6



1. 9. – Weltfriedenstag

■ Krieg gegen den Jemen mit Hunger, Cholera und deutschen Waffen
Seite 2



DIE LINKE in Oder-Spree

■ Erkner: Demos zum Erhalt der GefAS Seite 11
■ Schöneiche: Beerdigung der kommunalen Wohnungsgesellschaft S. 12



Mosaik „Tauben und Weltkugel“ von Walter Womacka am Haupteingang des ehemaligen DDR-Gästehauses in Berlin-Niederschönhausen

Gästehaus Fries (CC-BY-SA 3.0)

Gedanken zum 1. September 2018 – Weltfriedenstag

Von Dr. Artur Pech

Im Jahre 1946 wurde der 1. September im Osten Deutschlands erstmals als „Weltfriedenstag der Jugend“ begangen. Später wurde dieser Termin zu einer festen Tradition. Er nahm und nimmt die Erinnerung an den Überfall des faschistischen Deutschland auf Polen am 1. September 1939 auf.

Das „FriWo“-Theater in Eisenhüttenstadt ist nach Friedrich Wolf – dem Schriftsteller und ersten Botschafter der DDR in Polen – benannt. Dem Theater direkt gegenüber ist das „Rote Café“ zu finden. Dort wird das Friedenshaus Eisenhüttenstadt mit seinen Partnern am **1. September 2018 um 10 Uhr das nun schon 11. Oderland-Friedensforum** beginnen. Es steht unter dem Motte „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein“.

Wer heute über die Erhaltung des Friedens nachdenkt, der kommt an der Benennung der Ursachen für Krieg und Kriegsgefahr am Beginn des 21. Jahrhunderts nicht vorbei.

Nachdem die NATO ohnehin schon ein gewaltiges Aufrüstungsprogramm beschlossen hatte, kam der Präsident der USA daher und forderte eine weitere enorme Steigerung der Rüstungsausgaben.

Deutsche „Qualitätsmedien“ und der deutsche Außenminister sind sich einig: Es gelte einmal wieder, der „Gefahr aus dem Osten“ zu begegnen. Dafür brauche

es mehr Rüstung, dafür müsse die Bundeswehr „ertüchtigt“ werden. Dafür verstop-



Friedenstaube mit Olivenzweig von Pablo Picasso

fen auch US-Panzer auf ihrem Weg nach Polen die Autobahnen in Brandenburg.

Mit zentimeterhohen Buchstaben fordert die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* am 15. Juli 2018 „Die NATO muss schneller werden“, denn „Nichts fürchtet die Allianz so sehr wie einen russischen Überraschungsangriff auf das Baltikum“. Da soll harmlosen Gemütern die Konsequenz einblasen werden, es brauche noch mehr Geld fürs Militär. Wer nun aber als Konsument des ZDF über ein einigermäßen

intaktes Gedächtnis verfügt, der müsste sich an Zahlen erinnern können, die dort am 2. Mai über die Mattscheibe flimmerten:

Den 66,3 Mrd. \$, die Russland im Jahr 2017 für sein Militär ausgab, standen allein in den USA 610 Mrd. \$ gegenüber, in der gesamten NATO waren es 900 Mrd. \$. Damit stand es schon 2017 mehr als 13 : 1 für die NATO. Die grafische Darstellung (siehe „Militärausgaben 2017“ auf Seite 2) macht das Verhältnis sichtbar. Bei diesen Verhältnissen kann es nicht um eine „Gefahr aus dem Osten“ gehen.

Wenn es sich um einen neuen Versuch handeln sollte, Russland so totzurüsten, wie die Sowjetunion einst totgerüstet wurde, dann geht er von einer fehlenden Lernfähigkeit Russlands aus. Dort scheint sich jedoch die Auffassung durchgesetzt zu haben: Es ist nicht nötig gleichzuziehen. Die Garantie des gemeinsamen Untergangs (früher „Zweitschlagfähigkeit“ genannt) ist billiger zu haben.



Dr. Artur Pech,
Schöneiche,
Mitglied des Präsidiums des Bundesausschusses der Partei DIE LINKE

Das vergrößert aber die reale Kriegsgefahr. Unter diesen Bedingungen ist die bei manchen beliebte Neigung zur „Äquidistanz“ – das meint den gleichen Abstand zu den USA und zu Russland zu halten – keine gute Idee. Angesagt ist der Kampf gegen Kriegsvorbereitung durch Hochrüstung in der NATO und auch in der Bundesrepublik.

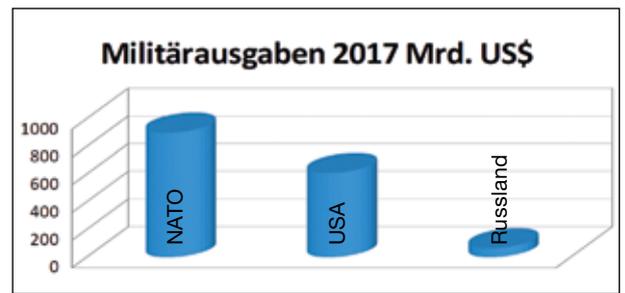
Seit dem Ende der Sowjetunion hat sich auch die Haltung zum Krieg deutlich geändert.

Die Ideen und Verheißungen, wonach Krieg kein Mittel der Politik mehr sein soll und mehr sein kann, werden seither vergessen gemacht. An ihre Stelle ist die Auffassung gesetzt worden, dass Krieg, wenn triftige Gründe vorliegen, eben geführt werden muss, und

Gründe finden sich immer, Feinde vor allem. Im Umgang mit Krieg gibt es zwar nicht unwesentliche Unterschiede zwischen den USA und den europäischen Mächten, aber sie betreffen nicht die Kernfrage, ob man den Krieg als Mittel der Politik gebrauchen will oder nicht.

Im Politikverständnis der USA sind Kriege ein notwendiges, normales und verfügbares Mittel, die eigenen außenpolitischen Interessen dort durchzusetzen, wo das mehr Erfolg verspricht als die Anwendung anderer politischer Mittel oder Geheimdienstunternehmen. Die Vereinigten Staaten ignorieren einfach das Kriegsverbot der UN-Charta. Ja, der Krieg selbst wird in den Rang der „guten Sache“ erhoben.

Obgleich Spießgesellen beim Aufrechterhalten der Vorherrschaft über die Welt und angewiesen auf die einzige Weltmacht als Schutzmacht des internationalen Kapitals sind, haben die europäischen Mächte ein anderes Verhältnis zum Krieg. Für sie, die erstens nicht übermächtig sind wie ihre Führungsmacht und zweitens im Gebrauch des Krieges gebrannte Kinder und daher vorsichtiger, gilt Krieg nicht als ein ganz normales, ihrer Politik beliebig zur Verfügung



stehendes Mittel, sondern als ein untergeordnetes, nach Möglichkeit zu vermeidendes, aber dennoch unter Umständen notwendiges politisches Instrument.

Illusionen über diese Zusammenhänge sind gefährlich. Gerade zum Weltfriedenstag ist jedoch auch daran zu erinnern: Eine ganz bestimmte Politik dirigiert die ökonomische Globalisierung zum Nutzen der Gewinner und zum Schaden der Verlierer, und dazu gebrauchen die Regierungen, die als Agenten des großen Kapitals diese Politik verfechten, militärische Gewalt und Krieg.

Je mehr Menschen diese Zusammenhänge erkennen, umso besser stehen die Aussichten, einer solchen Politik wirksam in den Arm zu fallen und den Frieden zu erhalten.

*Für diesen Artikel wurden Gedanken aus der 2004 veröffentlichten Arbeit „Neue Weltordnungskriege und die alte Frage nach dem Wesen des Krieges“ von Wolfgang Scheler verwendet.
Dr. Artur Pech*

KARL MARX ZITIERT ZEITGENOSSEN

„Kapital, sagt der Quarterly Reviewer, flieht Tumult und Streit und ist ängstlicher Natur. Das ist sehr wahr, aber doch nicht die ganze Wahrheit. Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens.“

Quelle: MEW, Bd. 23, S. 788; ausgewählt von Dr. Artur Pech



Krieg gegen den Jemen mit Hunger, Cholera und deutschen Waffen

Nun dürfen Frauen in Saudi-Arabien Auto fahren! Toll, wie Prinz Mohammed bin Salman die verkrusteten Strukturen aufbricht. TV, Funk und Print-Medien sind begeistert und berichten ausführlich von ihm als umtriebigen Modernisierer. Unterfüttert von einigen Milliarden Investition in den USA und Rüstungs-Deals wurden er und Trump beste Freunde. Zur Eröffnung der Fußball-WM saß er neben Wladimir Putin. Viel Geld investiert er mit Israel in die erste Etappe eines gemeinsamen Eisenbahnprojekts, das von Haifa über Jordanien auf die arabische Halbinsel und in den Irak führen soll. Als „Prinz

Charming“ (Spiegel) oder der „saudische Super-Prinz“ (Welt) ist der Kronprinz zu einem Liebling der Medien geworden. Umso bereiter ihr Schweigen über seinen nun schon über drei Jahre andauernden Vernichtungskrieg gegen Jemen.

Alle zehn Minuten stirbt ein Kind am Krieg

Punktgenau zu Beginn des Fußball-WM hat die von Saudi-Arabien angeführte Kriegscoalition, unterstützt von den USA, Frankreich, Großbritannien, indirekt auch Deutschland, eine neue Offensive gegen seinen Nachbarn Jemen gestartet. Ziel ist der letzte noch offe-

ne Hafen von Hudeida, um Jemen nun vollständig von Lebensmittellieferungen abzuschneiden. Von den 26 Millionen Einwohnern des Jemen sind 21 Millionen auf humanitäre Hilfe angewiesen. Schon das beschreibt die UNO als „die größte humanitäre Katastrophe der Welt“. Doch sie hat ihren Zenit noch nicht erreicht. Jetzt droht der unvorstellbaren Zahl von über 10 Millionen Menschen der Hungertod. Schon wütet im Jemen die größte jemals erfasste Cholera-Epidemie. Unterernährt und ausgezehrt können die Menschen der Krankheit keinen Widerstand entgegensetzen. Zuerst sterben die Kinder.



Der Beitrag ist Wolfgang Gehrckes Infobrief „Ça Ira – Informationen, Debatten, Analysen“ entnommen: www.wolfgang-gehrcke.de.



Die größte humanitäre Katastrophe, die größte jemals erfasste Cholera-Epidemie ... Das ist der höchste Schrecken, Steigerungen sind nicht möglich. Und doch war und ist dieser Krieg „vergessen“. Denn die Kopf-ab-Monarchie von Saudi-Arabien ist ein Freund des Westens. Als dessen Verbündeter braucht sie weder Tadel noch Sanktionen zu fürchten, darf sie im eigenen Land Menschen bestrafen durch Hände oder Kopf abschlagen, jede eigenständige Meinungsäußerung grausam verfolgen und ihre Nachbarn mit Tod und Elend überziehen. Geht der Krieg überhaupt in die Medien, wird er als quasi gerechtfertigt dargestellt, schließlich ginge es gegen die „Huthi-Rebellen“ (wer immer das sei), die sich mit dem Iran verbündet hätten. Über den Iran wissen wir schon mehr. Das ist doch der Staat, der die Sicherheit Israels existenziell bedroht, so heißt es.

Auch der Jemen war bis 1990 ein gespaltenes Land: Im Süden die Volksdemokratische Republik, der Norden und dann der ganze Jemen unter der Herrschaft von Ali Abdullah Saleh, bis er im Zuge des „arabischen Frühlings“ von Demonstranten gestürzt wurde. Daran hatten die gut organisierten und bewaffneten Huthis großen Anteil. Salehs Vize Hadi wurde für zwei Jahre als Übergangspräsident bestimmt, um eine Regierung der Nationalen Einheit zu bilden, eine Verfassungsreform einzuleiten und demokratische Neuwahlen zu organisieren. Doch er verriet dieses Ziel und die Huthis, er klebte an seinem Stuhl, er weigerte sich abzutreten und lässt sich mit Hilfe der Saudis weiterhin als legitimer Präsident des Jemen bezeichnen.

Wer führt Krieg?

Die Akteure dieses Krieges sind zunächst die Staaten in der von den Saudis angeführten Koalition; ihr gehören Ägypten an, Bahrain, Katar, Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate, Jordanien, Marokko, Sudan und Senegal. Diese Koalition hat auf unterschiedlichen Ebenen engste Verbindungen zu Al-Quaida im Jemen. Mit Waffenlieferungen, logistisch und politisch wird sie unterstützt von den USA, Großbritannien und Frankreich – und auch von Deutschland. Trotz der Festlegung bereits in den Koalitionsverhandlungen zur GroKo, keine Waffen mehr an „direkt

am Jemen-Krieg“ beteiligte Staaten zu liefern, bekam Saudi-Arabien im ersten Quartal 2018 noch Patrouillenboote und Ägypten ein U-Boot, sodass die See-Blockade des Jemen dicht ist. Via Lieferungen an die Staaten der Koalition ist Deutschland darüber hinaus mit Hubschraubern, Leopard-Panzern, Spürpanzern, Flugabwehrraketen, Haubitzen, Panzerabwehrraketen, Teilen von Kampfflugzeugen, Boden- und Grenzüberwachungssystemen, Bordwaffen-Steuerungssystemen, LKW, Maschinengewehren, Kleinwaffen und jeder Menge Munition am Krieg gegen das ärmste Land der arabischen Halbinsel beteiligt.

Ohne die direkte Hilfe der USA jedoch hätte Saudi-Arabien den Jemen nicht fortdauernd über die Zeitspanne von mehr als drei Jahren bombardieren können. Die US-Air-Force hat die saudischen Flieger in der Luft betankt und deren Piloten mit der Zielermittlung ausgestattet; in der notwendigen Genauigkeit von Bruchteilen von Sekunden ging das nur über die US-Base im rheinland-pfälzischen Ramstein. Ohne die politische und diplomatische Unterstützung der USA, Frankreichs, Großbritanniens und Deutschlands wäre Saudi-Arabien international tendenziell isoliert.

Dieser Krieg richtet sich gegen die ganze Bevölkerung des Jemen. Dargestellt wird er aber als Krieg gegen die Huthis. Sie sind, was ihre Religionszugehörigkeit betrifft, Zaiditen. Das ist eine eigene Strömung innerhalb des schiitischen Islam, die zugleich eine relative Nähe zum sunnitischen Islam hat. 40 Prozent der Jemeniten sind Zaiditen, ihr Kerngebiet liegt seit Jahrhunderten im Norden des Landes. Unter der alten Herrschaft wurden sie politisch und ökonomisch marginalisiert, auch militärisch bekämpft. In den 1990'er Jahren begannen sie, sich als politische Bewegung mit eigenen Milizverbänden zu organisieren, sie forderten sozialökonomische Verbesserungen und politische Teilhabe. „Das Regime von Ali Abdallah Salih, der von 1978 bis 2012 Staatspräsident war, stellte die Huthi-Rebellen von Beginn an als Terroristen dar und stigmatisierte sie mit Verweis auf ihre ‚schiitische‘ Identität als Agenten Irans“, schreibt Guido Steinberg von der regierungsnahen Stiftung „Wissenschaft und Politik“ in seinem

Artikel „Saudi-Arabiens-Krieg gegen den Jemen“ (SWP-aktuell vom Juli 2017). Diese Behauptung, so Steinberg, war falsch und erlogen. Doch sie kann, so der Autor weiter, durchaus eine unerwünschte Wirkung haben: „Mit dem Krieg im Jemen wollte das Königreich verhindern, dass Teheran einen Brückenkopf auf der Arabischen Halbinsel aufbaut. Nun erreicht Riad womöglich das Gegenteil von dem, was es beabsichtigte.“

Die Mär von den Huthis als Agenten des Iran

Die Mär von den Huthis als Terroristen und Agenten Irans wird aber immer noch bereitwillig aufgegriffen und verbreitet; so kann der Krieg gegen den Jemen als Teil des „Krieges gegen den Terror“ dargestellt und legitimiert werden. Tatsächlich geht es um eigene Machtinteressen zuerst Saudi-Arabiens, das den Jemen schon immer als Hinterhof betrachtet hat und ihn in dieser abhängigen und untergeordneten Position halten will. Saudi-Arabien selbst, namentlich auch die Vereinigten Arabischen Emirate und Katar wollen einen sicheren Zugang zum Roten Meer und der strategisch wichtigen Meerenge des Golfs von Aden bekommen resp. erhalten. Alle an der Koalition beteiligten Staaten wollen sich als Partner der USA, auch Frankreichs und Großbritanniens, empfehlen.

Und sie alle sind bereit, dafür die Bevölkerung des Jemen auszuhungern und sterben zu lassen.

Es ist so bitter, dass diese Menschheitsverbrechen in der Öffentlichkeit „vergessen“ gemacht, aber auch in weiten Teilen der Friedensbewegung kaum zum Thema gemacht werden. Dabei ist politischer Druck jetzt und sofort notwendig, damit die Vollblockade des Jemen zu Lande, zu Wasser und aus der Luft beendet wird. Dann könnten noch Menschenleben gerettet werden. Sofortige humanitäre Hilfe ist nötig. Die Bundesregierung muss ohne Verzug alle Waffenlieferungen an alle am Jemen-Krieg beteiligten Staaten beenden. Schluss mit dem völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Jemen und Selbstbestimmungsrecht für seine Bevölkerung. Die saudische Herrscherfamilie und Prinz Mohammed bin Salman müssen für ihre Verbrechen gegen die Menschlichkeit zur Verantwortung gezogen werden.

von



Wolfgang Gehrcke, 1998–2002 Mitglied des Deutschen Bundestages, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und außenpolitischer Sprecher der Fraktion; Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und



Christiane Reymann, Politologin, Journalistin und Autorin

Weitere Informationen unter: www.dielinke.de/themen/international/themen/waffenexporte-nach-saudi-arabien-hunger-in-jemen/

Die Autoren danken Ali Al-Dailami, stellvertretender Vorsitzender der LINKEN und als Kind aus dem Jemen geflohen, für seine Aufklärung und Analyse. Sie sind in diesen Artikel eingegangen.



■ Weg mit der NATO! Die NATO hat nur Krieg und Zerstörung gebracht. Niemand braucht die NATO.

Zum kommenden NATO-Gipfel in Brüssel und einem anschließenden Treffen mit der britischen Premierministerin reist Donald Trump nach Europa, im Gepäck die üblichen lautstarken Forderungen nach mehr Steuergeldern für die Waffenindustrie.

Dabei ist die NATO eine erwiesenermaßen nutzlose Institution. Ihr größter aktiver Militäreinsatz – zwölf Jahre in Afghanistan – führte zu einer militärischen Niederlage in 80 Prozent des Landes, der Errichtung eines Regimes mit äußerst begrenztem Einflussbereich und einem boomenden Heroin-Export zur Finanzierung der kriminellen Unterwelt in praktisch allen NATO-Staaten.

Man sehe rufe sich staunend in Erinnerung, dass die NATO-Besetzung Afghanistans Anfang 2002 begann.

Durch den Einmarsch in Afghanistan und die Stärkung der Heroin-Kriegsherren haben sich die NATO-Staaten selbst destabilisiert.

Die zweitgrößte Militäroperation der NATO war der Angriff auf Libyen, wo sie unfassbare 14 200

Bombeneinsätze mit hochexplosiver Munition durchführte und dadurch sowohl die Infrastruktur des Landes als auch ganze Städte zerstörte. Die libysche Hafenstadt Sirte ist nach der NATO-„Befreiung“ zerstört.

Die direkte Auswirkung der Verwüstung Libyens und der Zerstörung seiner staatlichen Infrastruktur ist die gewaltige, ungehinderte Massenflucht, insbesondere aus Westafrika, durch Libyen hindurch und in Booten über das Mittelmeer. Dies hat nicht nur zu erschütternder Ausbeutung und zum tragischen Tod vieler Migranten geführt, sondern auch die Regierungen der europäischen NATO-Staaten und deren öffentlich geäußerte politische Gesinnung grundsätzlich geschwächt. Dadurch erlebt rechter Populismus in vielen Teilen der EU einen Aufschwung.

**Kurz gesagt:
Durch die Zerstörung Libyens haben sich die NATO-Mitglieder selbst destabilisiert.**

Mehr globale Gerechtigkeit statt blutige Durchsetzung geopolitischer Interessen

Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei DIE LINKE, erklärte am 11. Juli 2018 zum Nato-Gipfel in Brüssel

Sich von einem wirren Rechtspopulisten rumschubsen und vorschreiben zu lassen, weitere Milliarden in die Aufrüstung zu stecken, wird die Welt nicht sicherer machen. Aktuelle Berechnungen zufolge müsste die Bundesregierung den Verteidigungshaushalt jährlich um 6,8 Milliarden Euro erhöhen, damit er in sechs Jahren 85 Milliarden betragen und damit das Zwei-Prozent-Ziel erfüllen würde.

Es kann doch niemand den Menschen hier in diesem Land erklären, dass solche Summen für Waffen und Kriegseinsätze „verjübelt“ werden sollen, statt das Geld für die Bekämpfung der Kinder- und Altersarmut, der Wohnungsnot und des Pflegenotstands einzusetzen.

Heute hat die Bundesregierung beschlossen, die Kompensationsmittel für die Bundesländer für den sozialen Wohnungsbau in den kommenden Jahren auf

rund 1,5 bzw. zwei Milliarden Euro zu erhöhen. Wer 85 Milliarden für Aufrüstung und Kriegsbeteiligung ausgeben will, aber nur 2 Milliarden dafür, dass Menschen eine Wohnung haben, der hat den Schuss offensichtlich nicht gehört.

Donald Trump als Oberbefehlshaber der Armee des größten Nato-Mitgliedsstaates ist für sich schon ein weiterer Grund für die Auflösung der Nato. Wenn die Nato am Geld scheitern sollte, auch gut.

Statt milliardenstarker Aufrüstung fordert DIE LINKE eine verantwortungsvolle und friedliche Außenpolitik, eine Ende aller Auslandseinsätze und ein Verbot von Waffenexporten. Internationale Verantwortung besteht für DIE LINKE im Einsatz für mehr globale Gerechtigkeit und nicht in der blutigen Durchsetzung geopolitischer Interessen.

Und wieder die „russische Bedrohung“

Nun richtet die NATO ihre Aufmerksamkeit erneut auf die ursprüngliche „Bedrohung“, die abzuwehren sie sich zur Aufgabe gemacht hat: den Einmarsch Russlands in Westeuropa.

Russland hat keinerlei Absichten, in Westeuropa einzumarschieren. Schon der Gedanke ist lächerlich. Die NATO wird nicht gebraucht, um eine Bedrohung abzuwehren, die nicht existiert.

Bereits Polen, Tschechien und die Slowakei zusammengenommen erzielen das gleiche Bruttozivilprodukt wie Russland. Fügt man bei der Betrachtung der Kaufkraft noch Estland, Lettland und Litauen hinzu, können es diese osteuropäischen Staaten wirtschaftlich mit Russland aufnehmen. Im Hinblick auf die Kaufkraftparität ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) aller NATO-Staaten zusammen zwölf Mal größer als das BIP Russlands.

Für seine Größe hat Russland eine unverhältnismäßig große militärische Macht – doch ganz so groß auch wieder nicht. Russlands Militärausgaben betragen ein Sechstel der Militärausgaben der NATO, sind jedoch etwas effizienter, da trotz Korruption weniger davon in den Taschen von Aktionären der Waffenindustrie, Lobbyisten, Politikern und anderen Bonzen verschwindet, wie es so oft im Westen geschieht. Doch das kann Russlands enormen wirtschaftlichen Nachteil nicht ausgleichen. Nichts kann ihn ausgleichen. Russland kann sich sehr gut selbst verteidigen, doch es befindet sich mitnichten in der Position, Großmächte anzugreifen.

Russlands außenpolitische Erfolge – auf der Krim, in Syrien und Georgien – beruhen nicht auf massiver militärischer Stärke – die NATO-Mächte übertreffen Russland hier um Längen –, sondern ganz einfach auf wesentlich besserer Staatsführung. Und die NATO war, trotz all der Billionen, die westliche Steuerzahler in sie investieren, unfähig, irgendetwas dagegen zu tun, obwohl das Vorgehen Russlands auf der Krim und in Georgien gegen internationales Recht verstoßen hat.

Diejenigen, die noch immer nicht verstanden haben, dass unser berühmtes Atomwaffenarsenal unnütz wie ein Kropf ist, haben nicht richtig aufgepasst. In keiner der jüngsten außenpolitischen Kri-

sensituationen – darunter die nukleare Aufrüstung Nordkoreas – hat auch nur irgendwer irgendwo erwähnt, dass Trident-Raketen Teil der Lösung sein könnten. Diese Raketen sind vollkommen nutzlos.

Die Bedrohung eines russischen Angriffs auf die NATO existiert nicht. Zwar ist die EU offiziell kein Militärbündnis, doch bleibt es eine politische Unmöglichkeit, dass in einen Teil des EU-Gebietes einmarschiert werden könnte, ohne dass die restlichen Mitgliedsstaaten reagieren. Sehr offensichtlich verfolgt Wladimir Putin die Strategie, jene von ethnischen Russen bewohnten Grenzgebiete in ehemaligen Sowjetstaaten wieder an Russland anzugliedern. Jedoch verfährt er dabei nach der Salamatik und vermeidet größere Auseinandersetzungen. Für die baltischen Staaten besteht keine reale Bedrohung, da die EU-Mitgliedschaft ihre Sicherheit faktisch bereits garantiert.

Die Rolle der NATO als Verteidigungsmacht gegen Russland ist also eine nutzlose, und ihre anderen militärischen Abenteuer waren ein absolutes Desaster.

Zum Abschluss ein paar Gedanken zu China. Mir fällt kein geschichtliches Beispiel ein, in dem es irgend ein Land geschafft hätte, eine solch überragende wirtschaftliche Stellung in der Welt zu erreichen und gleichzeitig so wenig Interesse an militärischer Expansion zu zeigen, wie es China in den letzten beiden Jahrzehnten getan hat. Die Invasion Tibets geschah vor Chinas wirtschaftlicher Blüte, und die Territorialkonflikte im Südchinesischen Meer sind kaum mit der Invasion des Irak zu vergleichen. Ich maße mir kein Fachwissen über die chinesische Kultur oder Denkweise an, doch man scheint dort verstanden zu haben, dass sich Überlegenheit durch subtilere Mittel als Waffengewalt erreichen lässt. Es kommen ein paar spannende Jahrzehnte auf uns zu, in denen China die USA als Supermacht in rasantem Tempo überholen wird.

Von Craig Murray
Quelle: www.rubikon.news
Beitrag wurde leicht gekürzt.

Der Autor und Menschenrechtsaktivist. Er war von 2002 bis 2004 britischer Botschafter in Usbekistan und von 2007 bis 2010 Rektor der Universität Dundee.

Türkei rutscht extrem nach rechts

HDPs („Demokratische Partei der Völker“ ist eine linksgerichtete politische Partei. Sie befürwortet Minderheitenrechte, insbesondere für die kurdische Minderheit. *Quelle: <https://de.wikipedia.org>*) Erfolg ist nur ein kleiner und ungenügender Trost. Denn die Wahlen vom werden das Land weiter nach rechts rücken lassen. Hier hilft auch nicht das Argument, der Wahlkampf sei ungerecht gewesen. Fakt ist, dass eine große Mehrheit der türkischen Gesellschaft tendenziell islamistisch-nationalistisch eingestellt ist. Deshalb müssen sich Demokraten in der Türkei auf eine lange Durststrecke einstellen, die auch noch nach Erdogans Abgang anhalten könnte.

Kaum eine Überraschung

Insgesamt bot das Wahlergebnis wenig Überraschung. Erdogan bleibt weiterhin der beliebteste Politiker des Landes. Bei der Wahl des neuen Staatspräsidenten erhielt er 52,5 Prozent der Stimmen, womit er den Wahlkampf schon in der ersten Runde für sich entschied. Die vagen Hoffnungen auf eine Stichwahl, und damit eine weitere Schwächung des Autokraten, waren am Wahlabend schnell verpufft.

Auch die parallel stattfindenden Parlamentswahlen brachten keine Überraschung. Die „Partei der Gerechtigkeit und Entwicklung“ (AKP) Erdogans verlor deutlich, erreichte aber zusammen mit ihrem faschistischen Bündnispartner „Partei der Nationalen Bewegung“ (MHP), in Deutschland bekannt als die Grauen Wölfe, weiterhin die politische Mehrheit.

Der erschreckende Fakt dieser Wahl offenbart sich bei einem Blick auf die Wählerwanderungen: Die AKP verlor rund zehn Prozent ihrer bisherigen Wähler. Die liefen mehrheitlich über zum nationalistischen Bündnispartner MHP. Gleichzeitig wechselten fast genauso viele MHP-Wähler zu der neugegründeten „Gute Partei“, einer Abspaltung von der MHP. Da die AKP- und MHP-Wähler bei der Präsidentschaftswahl geschlossen Erdogan ihre Stimmen gaben, konnte er gewinnen, obwohl seine AKP knapp acht Prozent einbüßte.

Dennoch kann sich Erdogan auf eine komfortable Mehrheit verlassen, wenn es in den nächsten fünf

Jahren darum geht, die notwendigen Gesetze zu verabschieden, mit denen Erdogans Präsidialsystem fest etabliert wird. Viel mehr braucht er auch nicht.

Jetzt wird das autokratische System erst recht eingerichtet

In seiner ersten Rede nach der Wahl zeigte sich Erdogan dessen bewusst. Die Nation habe ihnen die Richtung gezeigt, sagte er seinen Anhängern in Istanbul. Nun trage er persönlich die Verantwortung für die administrative und die AKP zusammen mit der „Allianz der Bürger“ die legislative Verantwortung. „Das System wird nun geändert und wir werden das neue System schleunigst umsetzen“, sagte er.

Auch der Chef der Ultranationalisten MHP, Devlet Bahçeli, sprach vor seinen Anhängern. MHP sei nun zur Schlüsselpartei geworden, erklärte er. Die Nation habe ihr den Auftrag gegeben, „auszubalancieren und zu kontrollieren“. Dass die MHP, deren Anhänger einen NSDAP-artigen Führerkult pflegen, nun der Königsmacher in der türkischen Politik geworden ist, daran ließ er keinen Zweifel. Genauso wenig, wie er mit dieser Rolle umgehen will: „Wir werden alle unsere Aufgaben umgehend erledigen, um das neue System zu etablieren.“

Die heimliche Gewinnerin der Wahl auf der Oppositionsseite ist die HDP. Sie hat nicht nur den Wiedereinzug ins Parlament geschafft, sondern auch ihren Stimmenanteil im Vergleich zu den letzten Wahlen in 2015 leicht ausgebaut, obwohl sie unter enormem Druck stand. Erdogan wirft der Partei vor, Terror zu unterstützen. Ihre beiden ehemaligen Vorsitzenden, ihr charismatischer Chef, Selahattin Demirtas und tausende ihrer Funktionäre sitzen seit Monaten im Gefängnis – die meisten ohne rechtsgültige Urteile. Ihnen wurde nichts weiter als ihre Reden oder Tweets zur Last gelegt. HDP hat heldenhaft gekämpft. Dennoch spielten bei diesem Erfolg auch die Stimmen mancher CHP-Wähler*innen eine Rolle, die aus taktischen Gründen die HDP wählten.

Auf jeden Fall werden nun Erdogan und Bahçeli anfangen, die türkische Gesellschaft so umzuformen, wie es ihnen passt. Ab jetzt

wird die relativ große liberale und demokratische Minderheit in der Bevölkerung dazu gezwungen, sich den Ideologien der religiös-nationalistischen Mehrheit anzupassen. Wie das aussehen wird, zeigt die kleine Geschmacksprobe in den letzten Jahren – ohne Rechtsstaat, Redefreiheit oder Toleranz für Andersdenkende.

Erdogan will beispielsweise in der Zukunft verbieten, dass Menschen, die im Gefängnis sitzen, für politische Ämter kandidieren, wie es der Kandidat der HDP, Selahattin Demirtas, zu Erdogans Ärger gerade tat und 8,1 Prozent der Wählerstimmen erhielt. Wenn Erdogans Pläne wahr werden, dann werden zukünftig für Regierende Wahlen sehr einfach zu gewinnen sein: Sie müssten nur noch ihren politischen Gegnern der Terrorunterstützung bezichtigen, sie einsperren lassen, Beweise sind nicht mehr notwendig. Solche und weitere Gesetzesänderungen wären mit der neuen Parlamentsarithmetik durchaus möglich. Auf jeden Fall wird es in der Zukunft für Andersdenkende und Oppositionelle sehr schwer, die Machtverhältnisse zu ändern. Denn die regierende islamistisch-nationalistische Mehrheit hält jegliche Mittel in ihren Händen und wird abweichenden Meinungen kaum Gestaltungsraum lassen.

Das einzige, was Erdogan ab jetzt noch auf die Füße fallen könnte, ist die Wirtschaft. Denn sein Erfolg basiert nach wie vor auf dem relativen Wohlstand seiner Klientel. Die internationalen Rahmenbedingungen, von denen auch die türkische Wirtschaft abhängig ist, sind jedoch andere geworden, seitdem die USA ihre Zinspolitik ändert und Protektionismus weltweit zunimmt.



MHP-Büro in Gaziantep einige Wochen vor den Parlamentswahlen. Foto: Travel Aficionado, CC BY-NC 2.0

von
Cem Sey,
freier politischer
Korrespondent,
25. Juni 2018

Quelle: <https://international.dielinke.de/archiv/ausgaben-ab-2017/detail/news/tuerkei-rutscht-extrem-nach-rechts/>

Interessiert an internationalen Themen aus linker Perspektive? Besuchen Sie doch mal die Internetseite:

international
international.dielinke.de

den Weblog des Bereichs Internationale Politik beim Parteivorstand DIE LINKE, mit aktuellen Texten zu Kongo, Brasilien, Handelspolitik und mehr.



von
Thomas Nord,
Mitglied des Bundestages,
Landesliste Brandenburg

Kontakt:
Deutscher Bundestag,
Platz der Republik 1,
11011 Berlin
• Telefon:
(030) 227-72675
• Fax:
(030) 227-76675
• E-Mail:
thomas.nord@bundestag.de
• Internet: <https://thomas-nord.de>

Wahlkreisbüro:
Frithjof Bastian,
Mühlenstr. 15, 15517
Fürstenwalde
Tel.: (033 61) 3426 18
Fax: (033 61) 3426 24
E-Mail: thomas.nord.ma04@bun-
destag.de

Zeichnung:
Gertrud Zucker



Flucht und Migration

„Die Achse der Willigen“

Am 1. Juli 2018 hat Österreich erneut für sechs Monate den Vorsitz im Rat der Europäischen Union übernommen, er wird vom Regierungschef ausgefüllt, vom Kanzler der Republik Österreich, Sebastian Kurz. Seit dem In-Kraft-Treten der Lissabonner Verträge im Dezember 2009 ist der Ratsvorsitz in seiner Bedeutung herabgesunken, viele der Funktionen wurden in das ständige Amt des Präsidenten des Europäischen Rates überführt. Das hat in dieser Wahlperiode der frühere polnische Ministerpräsident Donald Tusk, Platforma Obywatelska (PO, deutsch Bürgerplattform), inne. So wird oftmals gesagt, der Ratsvorsitz ist heute eine Position für die große Bühne, was für einen Darsteller wie Sebastian Kurz mehr als eine willkommene Gelegenheit zur Selbstpräsentation ist. Er nutzt sie auch für praktische Politik.

Aber der Ratsvorsitz ist aus einem zweiten Grund nicht zu unterschätzen, denn von dem jeweiligen Land wird einerseits ein sechsmonatiges Arbeitsprogramm festgelegt. Dieses wird zumeist in einem Trio-Ratsvorsitz für 18 Monate erarbeitet, da die meisten politischen Themen in der heutigen EU der 28 kaum in sechs Monaten zu Ende gebracht werden können. Unterhalb der Ebene der Staats- und Regierungschefs treffen sich die Ratsgruppen auf ministerieller Ebene und dort wird in der Regel die Leitung von demjenigen geführt, der aus dem Land mit dem Ratsvorsitz

kommt. Eine Ausnahme bildet der Rat für Auswärtige Angelegenheiten, seit den Lissabonner Verträgen sitzt hier für volle fünf Jahre der oder die hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik vor, aktuell Federica Mogherini.

Das österreichische Ratsprogramm

In den Vorankündigungen der Wiener Regierung stand zunächst die Fortführung des im Juni 2017 vom EU-Rat beschlossenen „Trio-programms“. An erster Stelle stand der Schwerpunkt: „Eine Union der Arbeitsplätze, des Wachstums und der Wettbewerbsfähigkeit“. Aber wir leben in politisch „dynamischen“ Zeiten und so wurde kurzerhand neu gewichtet, nun stehen die nächsten sechs Monate unter dem Motto „Ein Europa, das schützt“. Drei Punkte sind darin fett gesetzt:

1. Sicherheit und Kampf gegen illegale Migration;
2. Sicherung des Wohlstands und der Wettbewerbsfähigkeit durch Digitalisierung;
3. Stabilität in der Nachbarschaft – Heranführung des Westbalkans/Südosteuropas an die EU.

In der erwarteten Kontinuität des Vorsitzes stehen die Schlussverhandlungen über den Austritt Großbritanniens aus der EU und die Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen 2021–2027. Soweit das Programm, nun zur aktuellen Politik der vergangenen vier Wochen.

Am 11. Juni sagte Horst Seehofer kurzfristig die Vorstellung seines Masterplans Asyl ab, weil es substanzielle Differenzen zwischen Merkel und ihm gäbe. Am 13. Juni gaben Horst Seehofer und Sebastian Kurz auf Einladung des deutschen Innenministers eine gemeinsame Pressekonferenz. Horst Seehofer hat darin von seinem Telefonat mit dem neuen italienischen Innenminister von der Lega, Matteo Salvini, berichtet. Salvini wurde Anfang des Jahres bekannt, weil er in einer Pressekonferenz gesagt hat: „Es ist offenkundig, dass während des Faschismus auch vieles geleistet wurde“. Seehofer wies darauf hin, dass er und Salvini in Fragen von Migration und Sicherheit volle Übereinstimmung hätten. Sie hätten eine Übereinkunft

für eine Zusammenarbeit getroffen. Sebastian Kurz erhob flugs darauf die Forderung nach einer „Achse der Willigen gegen illegale Migration“, einer Zusammenarbeit von Italien, Österreich und Deutschland. In Österreich ist Hans-Christian Strache von der Freiheitlichen Partei Österreichs Innenminister. Strache hat z.B. noch 2012 die Bur-schenschaften in Österreich und die FPÖ am Holocaust-Gedenktag als „die neuen Juden“ bezeichnet.

Der Master-Plan im Bundestag

Am 14. Juni wurde der Streit durch die CSU eskaliert und die Sitzung des Bundestages um 11.30 Uhr für mehrere Stunden unterbrochen. CDU Fraktion und CSU Landesgruppe tagten voneinander getrennt in unterschiedlichen Räumen. Seehofer drohte, am 1. Juli nationale Grenzkontrollen gegen den Willen Merkels anzuordnen und im nationalen Alleingang Flüchtlinge, die schon zuvor in der EU registriert wurden, an der deutschen Grenze zurückzuweisen. Ein zweiwöchiges Ultimatum an die Kanzlerin folgte, eine „wirkungsgleiche“ Lösung auf europäischer Ebene herzustellen. Ratspräsident Tusk reagierte ablehnend auf Merkels Wunsch eines Sondertreffens und bereitete das reguläre Gipfeltreffen am 28./29. Juni vor. Flugs wurde eine Gruppe von Staaten (Deutschland, Österreich, Italien, Frankreich, Griechenland, Bulgarien und Spanien) vom luxemburgischen Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zu einem „informellen Arbeitstreffen“ eingeladen, man wolle an europäischen Lösungen arbeiten. Ein vorab bekannt gewordener Text mit Vorschlägen wurde auf den Widerspruch der Staaten der Visegrad-Gruppe (Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei) zurückgezogen.

Die „Achse der Willigen“

Auf dem Gipfel selbst wurden nach langem Ringen u.a. mit dem neuen italienischen Ministerpräsidenten Conte Beschlüsse im Sinne der „Achse der Willigen“ gefasst, von denen die Kanzlerin der Meinung war, dass sie „wirkungsgleich“ zu den Forderungen des CSU-Ministers seien. Ganz Europa

zitterte vor der Wertung eines Landesvorsitzenden, „Hü-Hott-Heimat-Horst“ nannte die Gipfelbeschlüsse „kein wirkungsgleiches Surrogat“ zu seinem Masterplan. Nach Drohungen, die Fraktionsgemeinschaft zu kündigen, zu einem eigenständigen bundesweiten Wahlantritt der CSU und dem Rücktritt als Innenminister ist Merkel eingeknickt. Sie hat in dem Machtkampf die letzten Reste ihrer humanistischen und politischen Überzeugungen in der Asyl- und Migrationspolitik über Bord geworfen. Sie hat sich einem Ministerultimatum unterworfen und dessen politische Bedingungen

gegen ihren Willen erfüllt. Sie hat von ihrer Richtlinienkompetenz keinen Gebrauch gemacht. Wenn die Sozialdemokratie als verbliebene Koalitionspartnerin den Unionsbeschlüssen zustimmt und sie zur neuen Koalitionslinie erklärt, regiert die Asyl- und Migrationspolitik der Achse der Willigen am Beginn der parlamentarischen Sommerpause 2018 in der Tat in Rom, Wien und Berlin.

Die Linke und die Frage des Internationalismus

Das Gefährliche an dem gegenwärtigen Prozess ist die stille und

beständig schleichende Verrohung im kulturellen, sozialen und zivilisatorischen Bereich, sie vollzieht sich zumeist unbemerkt und wird aus dem Stimmungsreflex heraus leicht übernommen, wenn ihr nicht vehement widersprochen wird. Eins, Zwei, Gsuffa. Die parteipolitisch organisierte, aber auch die zivilgesellschaftliche Linke ist heute stärker denn je gefordert, im Diskurs die Stimmen für Humanismus, internationale Solidarität und zivile Vernunft zu erheben.

Nicht die Nationale, die Internationale erkämpft das Menschenrecht!

Sind die Klassenkämpfe noch ein Motor der Geschichte?

Mit „passiver Revolution“ Erhalt der kapitalistischen Gesellschaft

Das eigentlich Neue in der Klassentheorie von Marx und Engels ist, dass sie in den Klassenkämpfen die entscheidende Triebkraft der geschichtlichen Entwicklung erkannten. Verharrt man bei einer engen Vorstellung vom Klassenkampf, die wir in den vorangegangenen Ausführungen zu überwinden versuchten, dann scheinen die Klassenkämpfe ihre Rolle als Motor der Geschichte spätestens mit dem Ende des Systemgegensatzes, vielleicht aber auch schon früher, verloren zu haben. So haben sich Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht 1918 kaum vorstellen können, dass Deutschland noch 2014 ein äußerst stabiles kapitalistisches Land sein werde. Ebenso unvorstellbar für sie war sicher auch die enorme Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus und die außerordentliche Anhebung des Lebensstandards für die arbeitende Bevölkerung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Das lag mit Sicherheit auch am Sieg der russischen Oktoberrevolution und an der tiefen politischen wie ökonomischen Krise des Kapitalismus am Ende des Ersten Weltkriegs. Deshalb auch konnte Rosa Luxemburg aus gutem Grund die Parole ausgeben: „Sozialismus oder Barbarei“. Eine andere Alternative war kaum denkbar. Doch so wie Marx und Engels keinen baldigen Zusammenbruch des Kapitalismus prophezeiten, wollten sie auch keine Prognose über die Form

seiner Überwindung abgeben. So schrieb Marx 1872: *„Der Arbeiter muss eines Tages die politische Gewalt ergreifen, um die neue Organisation der Arbeit aufzubauen ... Aber wir haben nicht behauptet, dass die Wege, um zu diesem Ziel zu gelangen, überall dieselben seien. Wir wissen, dass man die Institutionen, die Sitten und die Traditionen der verschiedenen Länder berücksichtigen muss, und wir leugnen nicht, dass es Länder gibt, ... wo die Arbeiter auf friedlichem Wege zu ihrem Ziel gelangen können.“* (K. Marx, Haager Kongress der IAA, MEW 18, S. 160)

Der italienische Kommunist Antonio Gramsci hat sich dann in den 1920er Jahren sehr ausführlich mit der Frage beschäftigt, weshalb die in Russland siegreiche Revolution im übrigen Europa ausblieb und dabei nicht nur das Herrschaftssystem der fortgeschrittenen bürgerlichen Gesellschaft sehr detailliert untersucht, sondern auch ihre eigentliche Überlebensstrategie beschrieben, nämlich die „passive Revolution.“ Indem die Bourgeoisie die Forderungen ihrer Gegner aufnimmt und eine oftmals tiefgreifende Veränderung der Betriebsweise der Unternehmen vorantreibt, soziale Forderungen der Arbeiterinnen und Arbeiter aufgreift und daraus eine eigene Reformpolitik entwickelt, gräbt sie zwar den revolutionären Bestrebungen das Wasser ab, folgt ihnen aber auch. Ungewollt schafft die „passive Revolution“ Struktu-

ren und Institutionen, die zu einer stärkeren Vergesellschaftung führen, das Bildungsniveau der arbeitenden Bevölkerung erhöht und die Rolle der Politik stärkt. Und, was entscheidend für die Bewertung der Wirkungsweise des Klassenkampfes ist, dieser Fortschritt verdankt sich nicht der Weitsicht der Bourgeoisie, sondern wird von den gewerkschaftlichen und politischen Kämpfen der abhängig Beschäftigten erzwungen. So ist die zusammen mit der Gründung der BRD entstandene gewerkschaftliche Mitbestimmung auf Unternehmensebene, das Betriebsverfassungs- und Tarifrecht, aber auch die im Grundgesetz verankerte Sozialpflicht des Eigentums (Artikel 14), die dort verankerte Möglichkeit der Enteignung (Artikel 15) und das Sozialstaatsgebot (Artikel 20) ein Ergebnis der damaligen Klassenkämpfe. Geht man noch einen Schritt weiter und betrachtet auch die Systemkonkurrenz zwischen BRD und DDR als eine Form des Klassenkampfes, dann muss man zwangsläufig zu dem Schluss kommen, dass das „goldene Zeitalter des Kapitalismus“ nicht zuletzt ein Ergebnis der Systemkonkurrenz war. Nicht von ungefähr verschlechterte sich die Lage der Beschäftigten und der auf staatliche Sozialleistungen angewiesenen dramatisch nach dem Scheitern des ersten sozialistischen Versuchs und den nachlassenden gewerkschaftlichen Kämpfen.



von
Ismail Al-Kayed,
 19 Jahre alt,
 Fürstenwalde,
 Mitglied des
 Kreisvorstandes
 DIE LINKE Oder-
 Spree, Sprecher der
 Linksjugend [solid]
 Oder-Spree,
 möchte Geschichte
 und Politik studieren



Rechtsgeschichte wurde nicht geschrieben

Nach 437 Verhandlungstagen endete am 11. Juli 2018 der „NSU-Prozess“



von
Dr. Volkmar Schöneburg,
Mitglied des Landtages Brandenburg,
Obmann im NSU-Untersuchungsausschuss

• **Internet:**
<http://volkmar-schoeneburg.de/>
• **Facebook:**
www.facebook.com/volkmar.schoeneburg
• **Wahlkreisbüro**
Mühlenstraße 15,
15517 Fürstenwalde,
Telefon:
(0 33 61) 3 69 89 81
• **Mitarbeiterinnen**
Romy Neupert
Handy:
(01 52) 29 08 10 64
Franziska Schneider
Handy:
(0 15 20) 3 70 96 95

Von manchem Journalisten wurde der Strafprozess gegen Beate Zschäpe und vier weitere Angeklagte 2013 wegen neun rassistisch motivierter Morde und einem Mord an einer Polizistin sowie weiterer Straftaten schon als Jahrhundertprozess angekündigt. Als nun nach fünfjähriger Prozessdauer das Urteil gefällt wurde, gab es sogar in der Sondersendung der ARD Stimmen, die ihn in eine Reihe mit dem Nürnberger Kriegsverbrecherprozess (1945/46), dem Auschwitz-Prozess (1963/65) und dem Stammheimer Verfahren gegen die fünf führenden RAF-Mitglieder (1975/77) stellten.

Eine solche Einschätzung geht jedoch völlig fehl. Gegenstand des Nürnberger Tribunals war das größte geschichtsbekannteste Verbrechen mit Millionen von Opfern. Von diesem Prozess ging ein Signal für die Zukunft aus: Der Kriminalität der Mächtigen sollte künftig mit einem Völkerstrafrecht begegnet werden. Erstmals wurden die drei völkerrechtlichen Straftatbestände – Verbrechen gegen den Frieden, gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen – angewandt. Auch der vom Hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer initiierte Auschwitz-Prozess besaß eine Signalwirkung. Er durch-

brach das Schweigen in der BRD über die ungeheuerlichen, grausamen KZ-Verbrechen während der Nazidiktatur. Ein ähnliches Signal ging jedoch von dem Münchner NSU-Verfahren nicht aus. Es war aber auch nicht ein solches „Monstrum“, so die Charakterisierung des Rechtshistorikers Uwe Wesel, wie der Prozess gegen die Führung der RAF. Der war nämlich geprägt durch unerträgliche Haftbedingungen, durch die Behinderung der Verteidigung, durch illegales Abhören von Verteidigergesprächen oder durch die rechtswidrige Herausgabe von Akten an die Presse durch das Gericht. Der Gerichtssaal in Stammheim war ein Betonbunker.

Beate Zschäpe wurde in München zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Auf die Anordnung einer Sicherungsverwahrung, eine Maßregel der Sicherung, die die Nazis 1933 in das deutsche Strafrecht einführt (!), verzichtete die Kammer trotz des Antrags der Bundesanwälte. Die Strafen der Mitangeklagten bewegen sich zwischen zehn und zweieinhalb Jahren Freiheitsentzug. Es ist natürlich schwierig, wenn man die Urteilsbegründung (die schriftliche wird erst in einigen Wochen vorliegen) nicht genau kennt, die Strafzumes-

sung des Münchener Gerichts zu bewerten. Aber sie scheint im einzelnen weitestgehend schlüssig zu sein, obwohl sich heftige Kritik an der Strafhöhe bei Ralf Wohlleben (zehn Jahre Freiheitsentzug wegen Beihilfe zum mehrfachen Mord) und André Eminger (zwei Jahre und sechs Monate wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung) entzündete. Der relativ milden Strafe Emingers werden die teils drakonischen Strafen gegen die G20-Gegner in Hamburg entgegen gehalten. Hier besteht ein offenkundiges Missverhältnis. Doch diesen Widerspruch löst man nicht mit der Forderung nach einer drakonischen Strafverschärfung bei Eminger!

Es kommt im Übrigen bei einem solchen Prozess nicht primär auf die Höhe der jeweiligen Strafe an. Damit wird oft nur das in der Gesellschaft weit verbreitete Vergeltungdenken bedient. Außerdem wird durch hohe Strafen kaum jemand abgeschreckt, wie auch im Gefängnis eine Besserung der Verurteilten nicht zu erwarten ist. Insofern ist hier eine Menge Symbolik im Spiel. Viel wichtiger ist es, dass die Taten der Rechtsextremisten durch das Gericht adäquat beschrieben werden. Sie sind mit Namen zu benennen, die keine Ambivalenz zulassen und einzig im Strafrechtswokabular jenen allgemein anerkannten Stigmatisierungscharakter finden (Mord, Brandstiftung, terroristische Vereinigung). Diesen Anspruch hat das Münchener Oberlandesgericht erfüllt.

Zudem ist es für die Qualität des Prozesses wichtig, dass es durch die Verfahrensbeteiligten und die Öffentlichkeit gelingt, die Opfer in ihr Recht zu setzen. Deutlich werden muss, dass die Gesellschaft mehrheitlich auf der Seite derjenigen steht, denen durch die Täter ein Existenzrecht bei uns abgesprochen wird. Insbesondere dem Einsatz der Vertreter der Nebenkläger und der kritischen Presse ist es zu verdanken, dass das über weite Strecken gelungen ist. Doch die milde Reaktion des Vorsitzenden auf die Beifallsbekundungen der rechten Zuhörer bei der Verkündung der



Rund 7000 Menschen setzten am 13. April 2013 anlässlich des NSU-Prozesses in München ein Zeichen der Solidarität mit den Angehörigen der NSU-Opfer. Foto: Fraktion DIE LINKE im Bundestag



Strafe für Eminger, konterkariert wiederum solche Bestrebungen.

Die Hauptkritik am „NSU-Prozess“ findet ihren Ausgangspunkt bereits im Agieren der Bundesanwaltschaft im Vorfeld der Hauptverhandlung. Frühzeitig legte sie sich darauf fest, dass Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt ein symbiotisch verbundenes, ideologisch verblendetes und weitgehend isoliert handelndes Trio gewesen seien. Darauf gründete sich dann die Anklageschrift. Das Gericht folgte dem Ansatz der Anklagebehörde, obwohl die Anwälte der Nebenkläger überzeugende Argumente gegen ihn ins Feld führten. Die Folgen dieses Ansatzes sind fatal. Er führte zu eingeschränkten strafrechtlichen Ermittlungen. Keineswegs hat nämlich die Bundesanwaltschaft bei den strafrechtlichen Untersuchungen jeden Stein umgedreht. Zudem wird durch diese Annahme geleugnet, dass es ein bundesweites neonazistisches Netzwerk gegeben hat, welches das Trio zu-

mindest finanziell sowie logistisch unterstützt und ihm einen ideologischen Rückhalt gegeben hat. Das soziologische Umfeld der Täter und Taten, ihre gesellschaftlichen Ursachen werden so nur ungenügend ausgeleuchtet.

Ein zweiter, schwerwiegender Kritikpunkt am Prozess ist die ungenügende Thematisierung des Agierens der staatlichen Institutionen während der Mordserie, dass, so der Publizist Ralph Giordano, fast bis zur Komplizenschaft reichte. Dabei ist ein Versagen bei der Justiz, der Polizei und beim Verfassungsschutz zu verzeichnen. So stellt sich beispielsweise die Frage, warum es der Generalbundesanwalt nach dem Rohrbombenfund in der Jenaer Garage 1998 ablehnte, ein Ermittlungsverfahren wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung gegen Mundlos, Böhnhardt und andere einzuleiten. Weitestgehend ausgeklammert wurde in München der institutionelle Rassismus in der Polizei, der dazu

führte, dass in die falsche Richtung („Döner-Morde“) ermittelt wurde. Oder die Verstrickungen der Geheimdienste: Mehr als 30 Spitzel, die verharmlosend Vertrauenspersonen genannt werden, waren um das Trio gruppiert. Verhindert wurde dadurch nicht eine Tat. Warum? Auch vor Gericht haben die Schlapphüte nichts zur Aufklärung beigetragen. Gibt es strukturelle Gründe für das Versagen der Staatsapparate?

Hätte sich das Gericht diesen Kritikpunkten angenommen, hätte es vielleicht Rechtsgeschichte schreiben können. Wichtig wäre es allemal in einer Zeit gewesen, in der der Rechtspopulismus in diesem Land einen ungeahnten Aufschwung nimmt und die „Biedermänner“ mit den „Brandstiftern“ wieder Hand in Hand gehen. Doch das Gericht folgte lieber dem den Strafprozessen eigenen Ritus der Entpolitisierung, Entsozialisierung und Enthistorisierung.

Aus der Linksfraction im Landtag

Prekäre Beschäftigung darf nicht mehr gefördert werden

Soziale Lage der Film- und Fernsehschaffenden

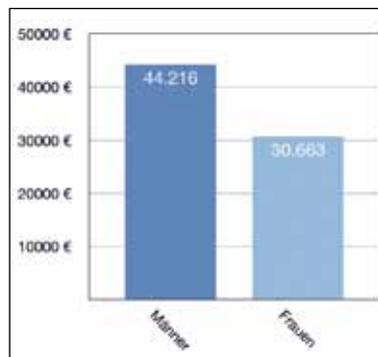
Die Fraktionen DIE LINKE aus dem Landtag Brandenburg und dem Abgeordnetenhaus Berlin haben eine repräsentative Studie zur aktuellen Beschäftigungssituation, der sozialen Lage und zu den Zukunftsperspektiven der Film- und Fernsehschaffenden der Region Berlin-Brandenburg in Auftrag gegeben. An der Befragung nahmen bundesweit 3.827 Personen teil. 1.215 Befragte hatten ihren Wohnsitz in Berlin und 99 in Brandenburg, das entspricht 35,2 Prozent. Die medienpolitischen Sprecher der Fraktionen DIE LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus, Anne Helm, und im Brandenburger Landtag, Dr. Volkmar Schöneburg, stellten die Ergebnisse der Studie in einem sehr gut besuchten Pressegespräch in Potsdam in der ersten Woche der Parlamentsferien vor.

Einkommen sichert den Lebensunterhalt nicht

Danach kann nur jeder Dritte aus der Film- und Fernsehbranche vollständig von den Einnahmen aus seiner Kerntätigkeit leben. In Berlin-Brandenburg war das durchschnittliche Jahreseinkommen der Filmschaffenden zwar mit 38.996 Euro im Vergleich zu den anderen Filmstandorten am zweithöchsten (38.672 Euro pro Jahr Bundesdurchschnitt). Doch fast 70 Prozent der Befragten sind auf zusätzliche Einkommensquellen innerhalb und außerhalb der Film- und Fernsehproduktionswirtschaft angewiesen. Selten werden Gagen und Honorare auf Tarifniveau gezahlt und häufig Überstunden- bzw. Arbeitszeitregelungen nicht eingehalten.

Anne Helm unterstreicht: „Betroffen hiervon sind insbesondere Frauen. Ihr Bruttoeinkommen ist im Schnitt 31 Prozent geringer als das ihrer männlichen Kollegen. Damit ist der Einkommensunter-

schied noch einmal zehn Prozent größer als im branchenübergreifenden Schnitt.“



Durchschnittliches Bruttojahreseinkommen in Euro nach Geschlecht in Berlin-Brandenburg

Freiberuflich tätig, trotz abhängiger Beschäftigungsform

Die meisten Befragten, sowohl bundesweit wie auch in Berlin-Brandenburg, waren ausschließlich freiberuflich tätig (jeweils 30 Pro-

von
Dr. Volkmar Schöneburg, Sprecher für Medienpolitik und
Franziska Schneider, Referentin für Medienpolitik

Link zur Studie:
https://www.linksfraktion-brandenburg.de/fileadmin/user_upload/Studie_Filmschaffende_Berlin-Brandenburg_2018.pdf

zent) und bezogen sich dabei auf den kreativen Anteil ihrer Tätigkeit. Ob dies im Sinne der gesetzlichen Regelungen ist, ist stark zu bezweifeln. Der Gesetzgeber definiert im Sozialgesetzbuch: „Beschäftigung ist die nichtselbständige Arbeit, insbesondere in einem Arbeitsverhältnis. Anhaltspunkte für eine Beschäftigung sind eine Tätigkeit nach Weisungen und eine Eingliederung in die Arbeitsorganisation des Weisungsgebers.“ Deshalb ist davon auszugehen, dass bei der Mehrheit der Tätigkeiten, die in eine Film- bzw. TV-Produktion integriert sind, eine abhängige Beschäftigung vorliegt.

Geringe Altersvorsorge führt zu Altersarmut

Die schlechte finanzielle Situation hat deutliche Konsequenzen für die spätere Rente. Vielen droht Altersarmut. So gaben sieben Prozent der Befragten an, gar keine Altersvorsorge zu haben, und 60 Prozent sehen ihre Vorsorge als unzureichend an. Im Bundesvergleich rangierte Berlin, die Altersvorsorge betreffend eindeutig hinter den anderen großen Filmstandorten Bayern, Nordrhein-Westfalen und Hamburg-Schleswig-Holstein. Lediglich 10 Prozent der Befragten war sich sicher, ausreichend vorgesorgt zu haben. Auf die Frage nach dem Grund der fehlenden oder zu geringen Altersvorsorge wurde von den meisten Befragten (58 Prozent) geantwortet, sie hätten kein Geld, um dies für die Altersvorsorge anlegen zu können.

LINKE Forderungen zur Auftrags- und Fördervergabe

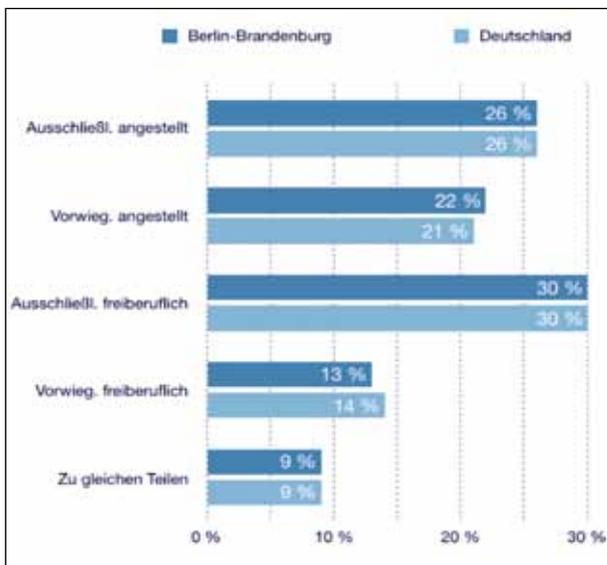
Drei konkrete Handlungsempfehlungen leiten sich aus der Studie ab. „Erstens sollten Tarifverträge bzw. vergleichbare branchenübliche Vergütungs- bzw. Arbeitsmodelle eingehalten werden“, fordert Dr. Volkmar Schöneburg. „Aufträge von Fernsehanstalten sollen unter Garantie einer korrekten sozialversicherungsrechtlichen Beschäftigungsform vergeben werden. Nur damit kann auch die drohende Altersarmut der Berliner und Bran-

denburger Film- und Fernsehschaffenden verhindert werden.“ Dies schließt nicht nur die Vergütungen, sondern auch die sonstigen tariflich garantierten Leistungen wie Arbeitszeitbegrenzung, Überstunden- und sonstige Mehrarbeitsvergütung, Urlaubsabgeltung etc. ein.

Zweitens betont Anne Helm: „Bei der Vergabe von Fördermitteln werden wir künftig stärker auf soziale Arbeitsbedingungen insistieren, die auch eine Altersvorsorge ermöglichen.“

Drittens ist eine langfristige Erhaltung und Stärkung der bestehenden Altersvorsorgemodelle für Künstler (Künstlersozialkasse, KSK) sowie für freiberuflich tätige Rundfunkmitarbeiterinnen und -mitarbeiter (Pensionskasse Rundfunk, PKR) nötig.

Die Studie „Die Film- und Fernsehschaffenden Berlin-Brandenburgs – Studie zur sozialen Lage, Berufszufriedenheit und den Perspektiven der Beschäftigten der Film- und Fernsehbranche am Standort Berlin-Brandenburg“ untersucht die Lage der Film- und Fernsehschaffenden, die als Freiberufler, selbstständige Auftragnehmer, in fester Anstellung oder als auf Produktionsdauer Beschäftigte für die Produzenten der deutschen Film- und Fernsehbranche tätig sind. Angestellte sowie freie Mitarbeiter der Rundfunkveranstalter und Inhaber von Produktionsunternehmen wurden nicht befragt.



Charakter des Arbeitsverhältnisses

NACHRICHTEN AUS DER LANDTAGSFRAKTION DIE LINKE

Koalition hält Wort – mehr Bürgerbeteiligung in der Kommunalverfassung

Von Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, innenpolitischer Sprecher

Ein wichtiges Ziel der Linken aus der Koalitionsvereinbarung von 2014 ist erreicht, die Erweiterung der Bürgerbeteiligung in den Kommunen. Dabei geht es uns mit einem Ausbau der direkten Demokratie eben nicht darum, die gewählten Kommunalvertretungen zu schwächen. Unmittelbare Demokratie und repräsentative Demokratie sind nicht gegeneinander zu stellen, sondern sie ergänzen sich gegenseitig. Letztlich wollen wir durch eine wirksame Bürgerbeteiligung die kommunale Selbstverwaltung stärken. Folgende Regelungen sind neu:

1. Die Kinder- und Jugendbeteiligung wird ausgebaut, denn Mithinischen und Einmischen gehört zur Demokratie und gehört

zum Aufwachsen - auch für Kinder und Jugendliche in unseren Kommunen. Dazu hat die Gemeinde Kindern und Jugendlichen in allen sie berührenden Gemeindeangelegenheiten Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte zu sichern. Außerdem hat die Hauptsatzung zu bestimmen, welche Formen zur Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen in der Gemeinde geschaffen werden. Es kann ein Beauftragter für die Angelegenheiten von Kindern und Jugendlichen benannt werden. Zudem werden die Kommunen verpflichtet, diese Aktivitäten entsprechend zu vermerken.

2. Es ist nicht mehr erforderlich, dass die Initiatoren eines Bür-

gerbegehrens einen Vorschlag zur Deckung der mit dem Begehren verbundenen Kosten vorlegen müssen. Das hat sich in der Vergangenheit als oft als unüberwindbares Hindernis erwiesen. Jetzt hat die Verwaltung eine Kostenschätzung für ein solches Bürgerbegehren zu erstellen.

3. Die Prüfung der Zulässigkeit von Bürgerbegehren wird objektiviert und künftig durch die zuständige Kommunalaufsicht erfolgen. Bisher wurde diese Zulässigkeitsprüfung durch die jeweilige Gemeindevertretung vorgenommen und war häufig politisch dominiert.

4. Eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für direkte

Demokratie ist die durchgängige Anwendung der Briefwahl auch bei Bürgerentscheiden. Das war von den Kommunen teilweise ausgeschlossen worden.

5. Als weitere neue Form zur Beteiligung der Einwohner wird die Durchführung von Einwohnerbefragungen aufgenommen. Solche Befragungen fanden bereits in verschiedenen Kommunen, wie in Potsdam oder Falkensee statt. Sie können hilfreich sein, bei der Entscheidung von konfliktbehafteten Fragen der Stadtentwicklung.

www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/parladoku/w6/drs/ab_7700/7796.pdf

Aus den Basisorganisationen der LINKEN

■ Erkner

Demo in Erkner – 3. Juli 2018



Foto: Heinz Schneider

Am 3. Juli versammelten sich über 250 Menschen aus Erkner und Umgebung, um gegen den drohenden Verkauf des GefAS-Gebäudes zu protestieren. Auf einer Kundgebung vor dem Gebäude und der anschließenden Demonstration, die quer durch die Stadt bis zum Rathaus führte, wurde schnell deutlich, dass die Gesellschaft für Arbeit und Soziales (GefAS e.V.) hinsichtlich sozialer Projekte der Armutsmilderung eine zentrale Bedeutung für den Landkreis Oder-Spree hat und über Erkners Stadtgrenzen hinaus für die Unterstützung sozial benachteiligter Menschen bekannt ist. Sie betreibt Tafeln, Möbelkammer, Mehrge-

nerationenhaus, Schuldnerberatung, Obdachlosen-, Kinder-, Jugend- und Seniorenarbeit, deren Fortführung ohne das Gebäude am Fichtenauer Weg 53 in Erkner nicht gewährleistet wäre.

Ich kenne die GefAS als Kunde der Tafel nach meinem Studium, als jahrelangen Nachbar und als zuverlässigen Partner für DIE LINKE. Die GefAS zeichnet sich durch eines aus: Kein Hilfebedürftiger wird ohne eine Unterstützung zurückgewiesen. Das ist vor allem den engagierten Mitarbeitern und Ehrenamtlichen zu verdanken. Wenn es die GefAS in Erkner nicht mehr geben sollte, dann würde die Region das soziale Rückgrat verlieren.

„Mit dem meistbietenden Verkauf durch die Deutsche Bahn ist unsere Tätigkeit in höchster Gefahr. Wir wollen der DB heute zeigen, dass die Bürgerinnen und Bürger von Erkner hinter uns stehen“, sagte der GefAS-Chef Siegfried Unger dann auch zum Auftakt der Kundgebung. Der Landtagsabgeordnete Dr. Volkmar Schöneburg wies auf den verfassungsrechtlichen Grundsatz hin, dass „Eigentum verpflichtet und sein Gebrauch zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen soll“ und nahm damit den Eigentümer DB in die Pflicht. Zudem bekundete Ministerin Diana Golze im Namen der gesamten Landesregierung ihre Solidarität mit dem Anliegen der GefAS. Auch Vertreter des Landkreises, der alte und der neue Bürgermeister Erkners und Vertreterinnen der „Regine-Hildebrand-Schule“ und des Seniorenbeirates der Stadt brachten mit ihrer Anwesenheit und ihren Redebeiträgen ihre Unterstützung zum Ausdruck.

Es ist als kleiner Teilerfolg zu werten, dass die Bahn AG den ersten Besichtigungstermin für die Kaufinteressenten aufgrund unserer Proteste abgesagt hat. Wir sehen das als gelungenen Auftakt, aber „durch“ ist die Sache damit noch lange nicht. Wir sind darauf eingestellt, dass die Abwägung zwischen Profitgier und sozialer Verantwortung ohne weitere Proteste zu Ungunsten der von Armut und Ausgrenzung betroffenen Menschen ausgehen würde.



von
Franziska Schneider,
Erkner,
Mitglied im Vorstand DIE LINKE
Erkner, Gosen-Neu Zittau;
Bewerberin als Kandidatin zur Landtagswahl im Wahlkreis 31
Foto: Spreebote

ERKNER – 20. JULI 2018

Forderung erneut – GefAS erhalten

Die GefAS und die Betroffenen aus Erkner und Umgebung geben nicht auf. Etwa 100 Bürger darunter viele LINKE mit Plakaten, Fahnen und Trillerpfeifen hatten sich am 20. Juli erneut eingefunden, dort wo die Bahn AG im Nachbarobjekt ihr Schulungszentrum für Netztechniker eröffnete.

Zunächst mussten die geladenen Besucher des Termins aber Pfiffe und Buhrufe anhören, während GefAS-Chef Siegfried Unger den Brief einer Schöneicher Rentnerin verlas, die sich für den Erhalt der GefAS aussprach. In den vergangenen Wochen hatte die Bahn nichts verlauten lassen und dann aber weitere Bietergespräche angekündigt. Die Stadt Erkner will die GefAS erhalten und ist mit dieser Absicht ins Bieterver-

fahren eingestiegen. An diesem Tag war Achim Landgraf, Regionalleiter des Bahn-Immobilienmanagements, erstmals vor Ort. Er sagte, Ziel der Bahn ist es nun, noch in diesem Jahr zu einem Besitzübergang an die Stadt zu kommen. Erste Vertragsverhandlungen seien für den August vereinbart. Zu finanziellen Größenordnungen wollte er nichts sagen. Die GefAS selbst hat auch für den Kauf geboten, einmal 30 000 Euro, später 50 000 Euro, sagte Unger.

Landgraf stellte sich nach seiner Ansprache den drängenden Fragen von Bürgern, die ihm verdeutlichen wollten, wie wichtig die Angebote der GefAS sind.

Dr. Elvira Srauß, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE in der SVV Erkner



Foto: Heinz Schneider

Aus den kommunalen Fraktionen der LINKEN



von
Fritz R. Viertel,
Vorsitzender
DIE LINKE Schöneiche bei Berlin,
zwischen 2017 und 2018 Vorsitzender
des Wohnungsausschusses der
Gemeindevertretung Schöneiche bei
Berlin und Bewerber
um die Direktkandidatur im
Landtagswahlkreis 31
(Hoppegarten, Neuenhagen, Erkner,
Woltersdorf, Schöneiche)
Foto: Andreas Winter

■ Schöneiche

CDU, SPD und NF/GRÜNE/FFW beerdigen kommunale Wohnungsgesellschaft

Lügen der Verwaltung überzeugen Mehrheit der Gemeindevertretung

In der Juli-Sitzung der Schöneicher Gemeindevertretung hat eine Mehrheit aus den Fraktionen CDU, SPD, NF/GRÜNE/FFW und Bürgermeister Ralf Steinbrück (SPD) mit 11 zu 9 Stimmen bei einer Enthaltung einen ein Jahr zuvor gefassten Beschluss aufgehoben. Dessen Ziel war die Gründung einer kommunalen Wohnungsgesellschaft.

Mehr Transparenz, Beteiligung und sozialer Wohnungsbau

Der damalige Antrag war gemeinsam von LINKEN, CDU, FDP und Bürgerbündnis Schöneiche (BBS) eingebracht worden. Darin war vorgesehen, die bisher von der Gemeindeverwaltung miterledigte Bewirtschaftung der rund 280 kommunalen Wohnungen zum 1. Januar 2018 in einen öffentlich-rechtlichen Eigenbetrieb zu überführen. Damit waren drei zentrale Ziele verbunden:

1. Mehr Transparenz der kommunalen Wohnungswirtschaft durch Herauslösung aus dem Gemeindehaushalt
2. Flexiblerer und schnellerer Neubau von preiswerten Mietwohnungen durch Minimierung der Finanzierungskonkurrenz zwi-

schon Wohnungsbau und anderen Investitionsvorhaben

3. Demokratisierung der Entscheidungsstrukturen durch klare Regelungen in der Betriebsatzung inklusive Einführung von Mieterbeteiligung.

Nach intensiven Beratungen wurde eine Kompromisslösung mit großer Mehrheit (16 zu 3 Stimmen bei drei Enthaltungen) angenommen. Diese sah insbesondere vor, alternative Rechtsformen durch den Bürgermeister prüfen zu lassen und für die Gründung der Gesellschaft ein Jahr mehr Zeit zu geben.

CDU fällt um, SPD gespalten

Das Ergebnis war begrenzt überraschend: Der ohnehin skeptische Bürgermeister legte Anfang 2018 ein vernichtendes Prüfungsergebnis vor. Der im Beschluss favorisierte Eigenbetrieb besitze keinerlei Vorteile im Vergleich zum Ist-Zustand und die Alternative GmbH würde horrenden Kosten für die Grunderwerbssteuer verursachen. Ohnehin sei der Eigenbetrieb eine überholte Rechtsform und für Wohnungsunternehmen unüblich. Er schlug deshalb die Aufhebung des Beschlusses vor. Ein ziemlich dreistes Unterfangen. Immerhin hatte ihn

die Gemeindevertretung mit der Vorbereitung der Gründung einer Wohnungsgesellschaft zum 1. Januar 2019 beauftragt.

Mindestens die Behauptungen über den Eigenbetrieb entpuppten sich zudem als glatte Lügen. Auch die einseitigen Behauptungen zur GmbH waren löchrig und hielten dem Einwand, die Gesellschaft könne auch Gemeindeimmobilien verwalten, ohne diese zu erwerben, nicht stand. Dennoch fiel die CDU um und schwenkte ohne Not auf die Linie der Verwaltung ein. Sie verweigerte sogar jede gemeinsame Beratung der ursprünglich antragstellenden Fraktionen zum weiteren Vorgehen. Die SPD, die den Kompromissbeschluss noch befürwortet hatte, stützte – wenig überraschend – bis auf eine Ausnahme die Position des Bürgermeisters.

So wird es auch in Zukunft keine kommunale Wohnungsgesellschaft in Schöneiche geben. Sie wäre keine eierlegende Wollmilchsaure zur Beseitigung des Wohnungsmangels gewesen. Aber sie hätten einen wichtigen Baustein dargestellt, um wieder mehr Menschen mit geringem Einkommen das Leben in der „Waldgartenkulturgemeinde“ zu ermöglichen.

Speckgürtel für alle? (Teil 1)

Wie kapitalistische Verwertung Menschen den Lebensraum nimmt

Marcel* hat sein ganzes Leben in Schöneiche verbracht. Heute arbeitet der 30-Jährige als Paketzusteller und hat drei Kinder. Und er lebt noch immer hier. Noch! Denn sein und das Einkommen seiner Freundin reichen nicht mehr aus, eine zu marktüblichen Preisen angebotene Wohnung zu bezahlen. Marcel kann sich nicht vorstellen, woanders zu leben. Er hofft, bald eine kommunale Wohnung miete-

ten zu können. Doch seine Chancen sind begrenzt. Denn bereits 2016 haben allein 69 Menschen mit Wohnberechtigungsschein (WBS) in Schöneiche eine Gemeindeförderung angefragt. Nur einem Drittel konnte geholfen werden. Größere Wohnungen – wie für die fünfköpfige Familie – sind besonders rar im kommunalen Wohnungsbestand. Dieser macht mit rund 280 Wohneinheiten nicht einmal 10 Prozent

des örtlichen Wohnungsmarktes aus. Womöglich wird Marcells Familie aus Schöneiche wegziehen müssen. Sie wäre nicht die erste.

Wohnungsnot und Verdrängung im „Speckgürtel“ angekommen

Wie in den Nachbargemeinden ist in Schöneiche zuletzt viel gebaut worden. Es sind auch neue Mietwohnungen entstanden. In bester Lage im Ortszentrum er-

* Name geändert

richtete eine Investmentfirma zwei Wohnkomplexe. Doch wer dort einziehen will, darf nicht knapp bei Kasse sein. Die Warmmiete liegt bei 14 Euro/m² ohne Strom und Telefon. Menschen, die von geringen Einkommen oder Sozialleistungen leben, können nur 6,50 Euro/m² zahlen. Längst sind sie nicht mehr die einzigen Betroffenen von Wohnungsnot und Verdrängung im „Speckgürtel“. Denn wer einen WBS bekommt, darf bis zu 1 500 Euro/Monat verdienen (Zwei-Personen-Haushalt ohne Kinder). Immer mehr Familien mit Kindern, Senior*innen oder junge Leute in Ausbildung/Studium finden hier keine bezahlbare Wohnung mehr.

Grund und Boden als kapitalistischer Selbstbedienungsladen

Selbst Mittelklassehaushalte, die sich in den 90er Jahren noch Grundstück/Eigenheim finanzieren konnten, bleiben heute auf der Strecke oder müssen in berlinfernere Regionen ausweichen. Die Bodenpreise in Schöneiche haben sich zwischen 2010 und 2016 verdoppelt, bei den Spitzenwerten stiegen sie gar von 70 auf 155 Euro/m². Anderswo sieht es noch düsterer aus: In Hoppegarten kletterte der durchschnittliche Bodenrichtwert im gleichen Zeitraum um fast 120 Prozent. Der Spitzenwert liegt dort inzwischen bei 240 Euro/m² Bauland.

Diese Entwicklung sorgt nicht nur dafür, dass Eigenheimbau heute nur noch Besserverdienenden möglich ist. Hohe Bodenpreise behindern den sozialen Wohnungsbau. Schuld daran ist die verfehlte

Bundespolitik. Grund und Boden ist eine endliche Ressource und obendrein von existenzieller Bedeutung für das Grundrecht auf Wohnen und für den Erhalt öffentlicher Räume. Er sollte deshalb der kapitalistischen Verwertung und Spekulation entzogen werden! Doch das Gegenteil ist der Fall. Bundeseigene Flächen wurden fleißig privatisiert. Der räuberischen Enteignung von Mieter*innen und öffentlicher Hand (sowie Bäuerinnen und Bauern) durch entfesselte Spekulation mit Mieten, Bau- und Ackerland wurden keine Grenzen gesetzt.

Auch kurzsichtige Kommunalpolitik trug ihr Scherflein bei. In Schöneiche wurden seit 2014 mehrfach kommunale Grundstücke ohne jede Auflage meistbietend verschandelt – darunter Flächen, auf denen geförderter Wohnungsbau hätte entstehen können. Ein historisches Schulgebäude, das nun als Spekulationsobjekt vor sich hin rotet, wurde ebenso verschleudert wie ein kommunales Wohngebäude mit sechs Wohneinheiten.

Neoliberale Mehrheit verweigert soziale Wohnungspolitik

Bei Bebauungsplanungen verweigert eine breite Mehrheit der Schöneicher Gemeindevertretung (SPD, CDU, FDP, GRÜNE, NEUES FORUM, FEUERWEHR) konsequent die Priorität für bezahlbaren Mietwohnungsbau. Selbst Empfehlungen aus SPD-Landesministerien zur Baulandentwicklung werden als sozialistisches Teufelszeug abgewiegelt. Der CDU-Fraktionsvorsitzende und der SPD-Bürgermeister erklärten im

Wohnungsausschuss der Gemeindevertretung unisono, die Bewohnerinnen von Sozialwohnungen würden – im Gegensatz zu Eigenheimbesitzern – nur Kosten verursachen. Ins Ortszentrum gehörten keine Sozialwohnungen, dort solle es ja „ein bisschen schön“ sein, erklärte die Bauamtsleiterin der „Waldgartenkulturgemeinde“. Wo kommunaler Wohnungsbau erfolgt, erfüllt er bestenfalls eine Alibi-Funktion. Der Bürgermeister setzt der jährlichen Nachfrage von mindestens 60 Kommunalwohnungen ein Bauprogramm mit 40 zusätzlichen Wohneinheiten innerhalb von zehn Jahren entgegen. Die SPD feiert sich für diesen großen Erfolg ...

Konsequent linke Alternativen formulieren

Die herrschende neoliberale Politik im Bund und vielen Kommunen enteignet nicht nur die Allgemeinheit durch die Privatisierung öffentlichen Grund und Bodens. Sie steuert die Zusammensetzung der Bevölkerung im Berliner Umland durch Verdrängung von Erwerbslosen, prekär Beschäftigten, Geringverdienenden, armen Jungen und Alten zu Gunsten der Wohlhabenden und Reichen. Dem muss DIE LINKE konsequent soziale Alternativen entgegensetzen! Wir müssen deutlich machen, was gegen Wohnungsnot und Verdrängung getan werden kann. Und wir müssen den Widerstand gemeinsam mit den Betroffenen organisieren. In Schöneiche ist dafür die Gründung eines „Bündnis für bezahlbaren Wohnraum“ geplant.

Teil 2 folgt in der nächsten Ausgabe des „Widerspruch“.

Aus dem Kreistag Oder-Spree

Klausur der Kreistagsfraktion

Am 7. Juli traf sich die Fraktion im Wettermuseum Lindenberg zu ihrer diesjährigen Klausur.

Mandatsnachrücker begrüßt

Es ging um die Auswertung der Ergebnisse der Fraktionsarbeit seit der Mitte des vorigen Jahres und die Vorbereitung unserer Aktivitäten für die verbleibenden vier planmäßigsten Kreistage in der laufenden Wahlperiode. Und schließlich

hatte sich die Fraktion ein Stück weit neu zu finden, nachdem Rita-Sybille Heinrich (Erkner) für die berufsbedingt ausgeschiedene Dr. Tanja Jaksch nachgerückt war und ihr auch in der Funktion der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden folgte.

Darüber hinaus kehrte Dr. Jörg Mernitz (Eisenhüttenstadt) nach dem Mandatsverzicht von Mario Winkel in die Fraktion zurück. So-

wohl die Ausgeschiedenen als auch die „Neuen“ haben unseren Dank und unseren Respekt für die Arbeit verdient, die sie geleistet und neu auf sich genommen haben.

ÖPNV sozial und ökologisch gestalten

Ausgehend vom Beschluss der Gesamtmitgliederversammlung unserer Kreisorganisation vom 17. Februar 2018 „Schnell, sicher, günstig



von
Dr. Artur Pech,
Schöneiche,
Vorsitzender der
Fraktion DIE LINKE
im Kreistag Oder-
Spree

von der Oder zur Spree. Mobilität in Landkreis und Kommunen sozial und ökologisch gestalten“ widmete sich die Fraktion in einer ausführlichen Beratung den Leitzielen für die Entwicklung des ländlichen Raumes/des Landkreises unter besonderer Beachtung das Verkehrskonzeptes für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).

Aus der Kreisverwaltung stellte Herr Thoma ausführlich den Stand und die Probleme bei der Entwicklung einer Mobilitätsstrategie für den Landkreis vor und stand auch für eine ganze Reihe von Einzelfragen Rede und Antwort.

Natürlich muss die Verwaltung eine Vielzahl von Problemen analysieren, die für die Mobilitätsstrategie eine Rolle spielen. Aber darüber hinaus sind in der Diskussion durch uns Probleme einzubringen, die im Kern politischer und sozi-

aler Natur sind. Das betrifft unter anderem die Frage, dass der öffentliche Personennahverkehr (in Verantwortung des Kreises der Busverkehr) weitgehend über die Schülerbeförderung finanziert und deshalb in den Ferien deutlich ausgedünnt wird. Dieses Problem wird auf kommunaler (kreislicher) Ebene ohne eine grundsätzliche Änderung der Regularien kaum zu lösen sein. Einfluss hat der Landkreis aber schon, wenn es um die Abstimmung der Fahrpläne des Busverkehrs mit dem schienengebundenen Verkehr geht. Hier entstehen Verzögerungen unter anderem deshalb, weil die (wiederum nicht vom Kreis zu erstellenden) Planungen für die Schiene erst zum Ende des Jahres zu erwarten sind.

Vor einem regelrechten Dilemma stehen wir, wenn die Bewältigung der im berlinnahen Raum mit der Einwohnerzahl wachsenden Anforderungen an den ÖPNV mit der Notwendigkeit zu verbinden sind, im ländlichen Raum wenigstens eine Grundversorgung aufrecht zu erhalten. Beides erfordert zusätzlichen finanziellen Aufwand, der durch die zu erwartenden

Einnahmen nicht gedeckt wird. Wir werden natürlich weiter auf die Verbesserung der Schülerbeförderung zum Hort und in den Ferienzeiten drängen. Und die Forderung nach einem kostenfreien Ticket für Schülerinnen und Schüler – nicht nur für den Schulweg – steht auf der Agenda. Natürlich gab es zur Mobilität noch viel mehr (Konflikt-) Stoff. Auch auf der Grundlage der in dieser Beratung gewonnenen Informationen werden mit Blick auf die im nächsten Jahr anstehenden Wahlen unsere Forderungen zu diskutieren sein.

Der GefAS die Kreistagsunterstützung geben

Aus der Vielzahl der weiteren Probleme soll hier nur die Fortsetzung der Solidarität mit der GefAS in Erkner genannt werden. Mit ihren sozialen Angeboten wie der Tafel leistet sie eine in der Region unverzichtbare Arbeit. Nach der auf unseren Antrag abgegebenen Bekundung der Solidarität des Kreistages angesichts der Bedrohung ihrer Existenz durch die Verkaufsabsichten der Deutschen Bahn für die von der GefAS genutzte Immobilie wollen wir darauf drängen, dass der Kreistag im September endlich über die Unterstützung der Tafeln entscheidet und so unser bereits im März eingebrachter Antrag entschieden wird.

Quelle: www.die-linke.de/themen/international/themen



LESERBRIEF

zu „Widerspruch“ 7/2018, S. 2: „Parteitag nimmt Druck vom Kessel – Berührungängste der neuen mit den älteren LINKEN nicht zu erleben“

Auf ein Wort, liebe „neue“ Mitglieder und Delegierte des Leipziger Parteitages,

euer Beitrag im „Widerspruch“ Juli 2018 hat mich in einer ganz bestimmten Weise bereichert. Lasst es mich bitte erklären.

In der Nachwendezeit wurde ich von den Wendeeuphorikern als „Rote Socke“ beschimpft. Das kratzte mich nicht, denn die, die mich treffen wollten, standen eh auf der anderen Seite der Barrikade. Dann bekam ich das Etikett „Betonkopf“, weil ich einmal durchdachte und für richtig befundene Wahrheiten nicht gegen den Mainstream austauschen wollte. Das tat schon weh. Die das sagten, hatten sich angepasst.

Jetzt kann ich mir noch ein Schildchen an die Brust heften.

Ich bin nun auch noch eine „traditionelle“ LINKE, da ich ja keine „neue“ bin, vom Alter her sowieso nicht und von der Denkweise sicher auch nicht. Nun bin ich emotional nicht verletzt, aber sehr ratlos. Mich beschäftigt, welcher Tradition ich folge: der sozialen, einer ethnischen, philosophischen oder gar einer religiösen.

Es würde mir sehr helfen und mich beruhigen, wenn ihr den Begriff „traditionelle“ Linke in einem weiteren Beitrag definieren würdet. Vielleicht verwendet ihr „traditionelle“ Linke aber als Synonym für die langjährigen, also auch aus der SED überkommenen Mitglieder der LINKEN. Wenn ja, dann sagt das so. Es vereinfacht die Kommunikation.

Noch eine Anmerkung:

Ihr schreibt: „Die neuen Mitglieder hinterfragen hergebrachte Strukturen, ohne alles umstürzen zu wollen.“ Alles nicht, aber offensichtlich manches. Mich interessiert schon, was das „Forum demokratischer Sozialismus“ gern geändert hätte und warum.

Ganz und gar nebulös bleibt mir die folgende Passage (Diskussion über die Weiterentwicklung des Parteiprogramms): „Wir würden begrüßen, wenn diese Initiative strömungsübergreifend wieder aufgegriffen würde. Denn wir sind uns sicher: Wenn uns eine verbindende Klassenpolitik zwischen der ‚neuen‘ und der ‚traditionellen‘ LINKEN tatsächlich gelingt ...“

Was nun? Soll uns eine gemeinsame Klassenpolitik verbinden? Da hätte ich nichts dage-

gen. Ich bedauere sowieso, dass der Begriff „Klasse“ auch von LINKEN vermieden wird.

Oder sind die „Strömungen“ jetzt zu „Klassen“ mutiert, die nun durch eine kluge Politik geeint und zu größerer Stärke geführt werden sollen? Oder habe ich das alles ganz falsch verstanden?

Liebe Delegierte, ihr seid Teilhaber der geistigen Arbeit des Parteitages der LINKEN gewesen. Ich hätte mir gewünscht, dass euer Artikel im „Widerspruch“ durch präzise Aussagen bei Lesern zu mehr Durchblick und zu weniger Fragestellungen beigetragen hätte. Das käme auch der LINKEN zugute.

*Anny Przyklenk,
Basisorganisation Woltersdorf*



Heimat: Kurt Tucholsky 1929

Aber einen Trost hast du immer, eine Zuflucht, ein Wegschweifeln. Selbst auf Umgebungsflachheiten stehen Bäume, Wasseraugen schimmern dich an, Horizonte sind weit, und auch durch düstere Verhängung kommt noch Feldatem.

*Alfons Goldschmidt:
,Deutschland heute'*

Nun haben wir auf vielen Seiten Nein gesagt, Nein aus Mitleid und Nein aus Liebe, Nein aus Haß und Nein aus Leidenschaft – und nun wollen wir auch einmal Ja sagen. Ja –: zu der Landschaft und zu dem Land Deutschland.

Dem Land, in dem wir geboren sind und dessen Sprache wir sprechen.

Der Staat schere sich fort, wenn wir unsere Heimat lieben. Warum grade sie – warum nicht eins von den andern Ländern –? Es gibt so schöne.

Ja, aber unser Herz spricht dort nicht. Und wenn es spricht, dann in einer andern Sprache – wir sagen ‚Sie‘ zum Boden; wir bewundern ihn, wir schätzen ihn – aber es ist nicht das.

Es besteht kein Grund, vor jedem Fleck Deutschlands in die Knie zu sinken und zu lügen: wie schön! Aber es ist da etwas allen Gegenden Gemeinsames – und für jeden von uns ist es anders. Dem einen geht das Herz auf in den Bergen, wo Feld und Wiese in die kleinen Straßen sehen, am Rand der Gebirgsseen, wo es nach Wasser und Holz und Felsen riecht, und wo man einsam sein kann; wenn da einer seine Heimat hat, dann hört er dort ihr Herz klopfen. Das ist in schlechten Büchern, in noch dümmern Versen und in Filmen schon so verfälscht, dass man sich beinahe schämt, zu sagen: man liebe seine Heimat. Wer aber weiß, was die Musik der Berge ist, wer die Töne hören kann, wer den Rhythmus einer Landschaft spürt ... nein, wer gar nichts andres spürt, als dass er zu Hause ist; dass das da sein Land ist, sein Berg, sein See, auch wenn er nicht einen Fuß des Bodens besitzt ... es gibt ein Gefühl jenseits aller Politik, und aus diesem Gefühl heraus lieben wir dieses Land. Wir lieben es, weil die Luft so durch die Gassen fließt und nicht anders, der uns gewohnten Lichtwirkung wegen – aus tausend Gründen, die man nicht aufzählen kann, die uns nicht einmal bewußt sind und die doch tief im Blut sitzen.

Wir lieben es, trotz der schrecklichen Fehler in der verlogenen und anachronistischen Architektur, um die man einen weiten Bogen schlagen muß; wir versuchen, an solchen Monstrositäten vorbeizusehen; wir lieben das Land, obgleich in den Wäldern und auf den öffentlichen Plätzen manch Konditortortenbild eines Ferschten

dräut – laß ihn dräuen, denken wir und wandern fort über die Wege der Heide, die schön ist, trotz alledem.

Manchmal ist diese Schönheit aristokratisch und nicht minder deutsch; ich vergesse nicht, dass um so ein Schloß hundert Bauern im Notstand gelebt haben, damit dieses hier gebaut werden konnte – aber es ist dennoch, dennoch schön. Dies soll hier kein Album werden, das man auf den Geburtstagstisch legt; es gibt so viele. Auch sind sie stets unvollständig – es gibt immer noch einen Fleck Deutschland, immer noch eine Ecke, noch eine Landschaft, die der Fotograf nicht mitgenommen hat ... außerdem hat jeder sein Privat-Deutschland. Meines liegt im Norden. Es fängt in Mitteldeutschland an, wo die Luft so klar über den Dächern steht, und je weiter nordwärts man kommt, desto lauter schlägt das Herz, bis man die See wittert. Die See – Wie schon Kilometer vorher jeder Pfahl, jedes Strohdach plötzlich eine tiefere Bedeutung haben ... wir stehen nur hier, sagen sie, weil gleich hinter uns das Meer liegt – für das Meer sind wir da. Windumweht steht der Busch, feiner Sand knirscht dir zwischen den Zähnen ...

Die See. Unvergeßlich die Kindheitseindrücke; unverwischbar jede Stunde, die du dort verbracht hast – und jedes Jahr wieder die Freude und das „Guten Tag!“ und wenn das Mittelländische Meer noch so blau ist ... die deutsche See. Und der Buchenwald; und das Moos, auf dem es sich weich geht, dass der Schritt nicht zu hören ist; und der kleine Weiher, mitten im Wald, auf dem die Mücken tanzen – man kann die Bäume anfassen, und wenn der Wind in ihnen saust, verstehen wir seine Sprache. Aus Scherz hat dieses Buch den Titel ‚Deutschland, Deutschland über alles‘ bekommen, jenen törichten Vers eines großmäuligen Gedichts. Nein, Deutschland steht nicht über allem und ist nicht über allem – niemals. Aber mit allen soll es sein, unser Land. Und hier stehe das Bekenntnis, in das dieses Buch münden soll:

Ja, wir lieben dieses Land.

Und nun will ich euch mal etwas sagen:

Es ist ja nicht wahr, dass jene, die sich ‚national‘ nennen und nichts sind als bürgerlich-militaristisch, dieses Land und seine Sprache für sich gepachtet haben. Weder der Regierungsvertreter im Gehrock, noch der Oberstudienrat, noch die Herren und Damen des Stahlhelms allein sind Deutschland. Wir sind auch noch da.

Sie reißen den Mund auf und rufen: „Im Namen Deutschlands ...!“ Sie rufen: „Wir lieben dieses Land, nur wir lieben es.“ Es ist nicht wahr.

Im Patriotismus lassen wir uns von jedem übertreffen – wir fühlen internatio-

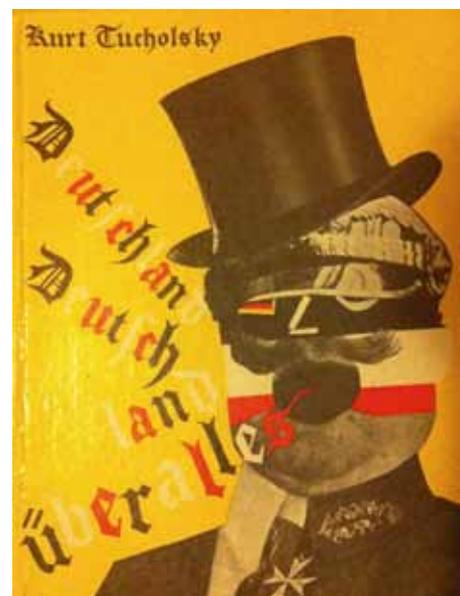
nal. In der Heimatliebe von niemand – nicht einmal von jenen, auf deren Namen das Land grundbuchlich eingetragen ist. Unser ist es.

Und so widerwärtig mir jene sind, die – umgekehrte Nationalisten – nun überhaupt nichts mehr Gutes an diesem Lande lassen, kein gutes Haar, keinen Wald, keinen Himmel, keine Welle – so scharf verwahren wir uns dagegen, nun etwa ins Vaterländische umzufallen. Wir pfeifen auf die Fahnen – aber wir lieben dieses Land. Und so wie die nationalen Verbände über die Wege trommeln – mit dem gleichen Recht, mit genau demselben Recht nehmen wir, wir, die wir hier geboren sind, wir, die wir besser deutsch schreiben und sprechen als die Mehrzahl der nationalen Esel – mit genau demselben Recht nehmen wir Fluß und Wald in Beschlag, Strand und Haus, Lichtung und Wiese: es ist unser Land. Wir haben das Recht, Deutschland zu hassen – weil wir es lieben. Man hat uns zu berücksichtigen, wenn man von Deutschland spricht, uns: Kommunisten, junge Sozialisten, Pazifisten, Freiheitliebende aller Grade; man hat uns mitzudenken, wenn ‚Deutschland‘ gedacht wird ... wie einfach, so zu tun, als bestehe Deutschland nur aus den nationalen Verbänden.

Deutschland ist ein gespaltenes Land. Ein Teil von ihm sind wir.

Und in allen Gegensätzen steht – unerschütterlich, ohne Fahne, ohne Leierkasten, ohne Sentimentalität und ohne gezücktes Schwert – die stille Liebe zu unserer Heimat.

Erstveröffentlichung des Textes 1929 in: Deutschland, Deutschland, über alles.



Den Text wählte Dr. Artur Pech aus.



von
Franziska Schneider,
Erkner,
Mitglied im Vor-
stand DIE LINKE
Erkner, Gosen-Neu
Zittau;
Bewerberin als Kan-
didatin zur Land-
tagswahl im Direkt-
wahlkreis 31
Foto: Spreebote

Ideensammlung zur Digitalisierung im Alltag

Erste Regionalkonferenz in Neuruppin

Vier Themen – „Mobilität & ÖPNV“, „Kita & Familie“, „Pflege & Gesundheit“ sowie „Digitalisierung im Alltag“ – standen auf der ersten Regionalkonferenz im Zentrum. Zu den jeweiligen Workshops hatten die gastgebenden Kreisverbände Ostprignitz-Ruppin, Prignitz, Oberhavel und Havelland auch externen Sachverständigen eingeladen. Gut 50 Genossen und Gäste trafen sich am 30. Juni 2018 im Oberstufenzentrum in Neuruppin und entwickelten Ideen und Projekte, die die Basis für das Landtagswahlprogramm 2019 liefern sollen.

Digitalisierung als Strukturwandel

„Digitalisierung im Alltag“ betrifft, wie der Titel schon sagt, alle Lebensbereiche. So wurden an diesem Thementisch mit über ein Dutzend engagiert diskutierenden Personen zunächst Ideen gesammelt und strukturiert. Als Experte half dabei die Bundestagsabgeordnete Anke Domscheit-Berg. Teil-

habe, Bildung, Arbeit, Verwaltung, Versorgung und Sicherheit sind dabei als Kernbereiche großer Veränderung ausgemacht worden.

Ideen werden sortiert und fünf Feldern zugeordnet.

Foto: Franziska Schneider



Von Zugangsmöglichkeiten über Schulapps bis digitale Infrastruktur

Um kein digitales Prekariat entstehen zu lassen, müssen die Zugangsvoraussetzungen, sowohl durch Endgeräte als auch durch Anschlüsse geschaffen werden. Kostenlose WLAN Anschlüsse an zentralen Orten und in öffentlichen Einrichtungen sollten bereits Standard sein. Doch um die Teilhabe an der Digitalisierung aller

Bürger zu erreichen, bedarf es generell einer besseren Nutzerfreundlichkeit sowie kommunaler Netzwerke. Letztgenannte sind von den Kommunen betriebenes WLAN, welches den Einwohnern kostenlos zur Verfügung gestellt wird. Gäste, Touristen und Reisende hingegen werden entgeltlich als Nutzer des Netzwerkes akzeptiert. In der Europäischen Union wird dies beispielsweise schon in Spanien praktiziert. Sozial schwach gestellte Menschen, die sich die Angebote der großen Provider wie Telekom oder Vodafone nicht leisten können, erhalten so Zugang zum Internet, einschließlich Internet-Telefonie.

Über den Bereich Bildung wurde ausführlich und kontrovers diskutiert. Schulapps für Vertretungspläne, Bücherlisten oder Hausaufgaben sind heutzutage unumgänglich. Dafür ist vor allem notwendig, dass Lehrer aus- und weitergebildet werden, um u.a. auch mehr Wissen über Datenschutz und digitale Möglichkeiten der Bildung zu erlangen. Freies WLAN an Schulen sollte zur Grundausstattung gehören, ebenso wie die ausschließliche Verwendung von Open Source Software.

Der Arbeitssektor ist von dem Umbruch wohl am tiefgehendsten betroffen. Zeit- und ortsunabhängiges Arbeiten geht nur mit der entsprechenden digitalen Infrastruktur. Dies kann auch dem Ausdünnen der ländlichen Räume entgegenwirken.

Digitale Verwaltung

Mit der Digitalisierung kann die Verwaltung Bürger- und Teilhabefreundlicher gestaltet werden. Durch Open Data können beispielsweise Daten von Straßen und Häusern, aber selbstverständlich auch Entscheidungen sowie Beschlüsse der Orte, Städte und Gemeinden öffentlich zugänglich sein. Natürlich bedarf es einer Regelung des grundsätzlichen Umgangs mit offenen Daten, das jedoch ist eine Angelegenheit des Bundes. Nichtsdestotrotz sollte eine Kommune heute schon Transparenz groß schreiben. Das bedeutet nicht nur eine digitale bürgerfreundliche Verwaltung, sondern auch interaktive Hilfe beim Ausfül-

len von beispielsweise Formularen und Anträgen. Behörden egal welcher Ebene müssen den Umgang mit den Daten ihrer Bürger transparent gestalten. Auskunftersuche durch Behörden müssen einem hohen Standard genügen. Die Genehmigung hierfür sollte - ähnlich einer Hausdurchsuchung - durch einen Richter erfolgen. Stellen doch die Daten der Bürger ein schützenswertes Rechtsgut dar.



Konkrete Forderungen für eine zukunftsfeste Verwaltung,

Foto: Franziska Schneider

Digitalisierung ist im Wahlprogramm unabdingbar

Die umfassende Durchdringung des gesellschaftlichen wie privaten Lebens der Bürger setzt politische Verantwortung voraus. Selbst die politische Arbeit von Parteien und Mandatsträgern ist von der Digitalisierung betroffen. Nur wer sich politisch mit den Thematiken der Digitalisierung auseinandersetzt, wird den Bürger überzeugen können. Politik, und damit Politiker, müssen digitale Kompetenz nachweisen können. Der Bürger wird sie danach bemessen.

Zusammenfassend kann daher festgehalten werden, dass sich das Landtagswahlprogramm 2019 durchgehend mit den digitalen Veränderungen beschäftigen muss. Ideen dafür gibt es genug, die ersten Schwerpunkte sind gesammelt. Brandenburg soll die Digitalisierung leben.

Veranstaltungstermine der LINKEN

- 6. 9. 2018, 18 Uhr, Fürstenwalde, Mühlenstraße 15 (Kreisgeschäftsstelle), öffentliche Kreisvorstandssitzung
- 8. 9. 2018, 10 Uhr, Beeskow, Bertholplatz 6 (Spreepark), 2. Regionalkonferenz – Zukunftsdialog
- 13.–16. 9. 2018, Berlin, Franz-Mehring-Platz 1 (FMP1), LINKE Woche der Zukunft (www.linke-woche-der-zukunft.de)



- 22. 9. 2018, 10–15 Uhr, Fürstenwalde, Am Markt 1 (Altes Rathaus), Gesamtmitgliederversammlung DIE LINKE Oder-Spree

Alles öffentlich im Kreistag LOS

DIE LINKE-Fraktion im Kreistag Oder-Spree

Öffentl. Fraktionssitzung: 4. 9., genauen Zeitpunkt und Ort bitte in der Fraktionsgeschäftsstelle erfragen

Fraktionsgeschäftsstelle: Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde
Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24

Sitzungen im August/September 2018

- Werksausschuss für den Eigenbetrieb KWU 14. 8., 17.30 Uhr, Fürstenwalde, Frankfurter Straße 81, KWU, Beratungsraum
- UAG1: Förderung reg. Wirtschaft, Landwirtschaft, Identifikation und reg. Identität 20. 8., 17.30 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss f. Soziales u. Gesundheit 21. 8., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Unterausschuss Jugendhilfeplanung 23. 8., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Ordnung, Recht, Landwirtschaft und Wirtschaft 23. 8., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport 28. 8., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Bauen, Umwelt und Verkehr 29. 8., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Jugendhilfeausschuss 30. 8., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss f. Haushalt u. Finanzen 3. 9., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Kreisausschuss 5. 9., 17.30 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7

Tagesordnungen und konkrete Versammlungsorte in Kreisverwaltung erfragen oder der Internetseite des Kreistages www.landkreis-oder-spree.de entnehmen.

IMPRESSUM:

Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree, Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24, E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de

Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel. (0 33 62) 55 96, Fax 88 87 68, E-Mail: p-w-hochmuth@t-online.de; Jürgen Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 5 747 0 03, E-Mail: Elvira_strauss@web.de

Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 20. Tag des Vormonats; Auflage: 2 500
Satz: Heinz Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: Schneider.Satz@t-online.de

Druck: Buch- und Offsetdruckerei Häuser KG, Venloer Straße 1271, 50829 Köln
„WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle Leser werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto IBAN: DE22170550503410533965, BIC: WELADED1LOS bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der Partei DIE LINKE Kreisverband Oder-Spree oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Mühlenstr. 15, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.



Foto: Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag im August 2018



1.8. Philip Volgmann	Fürstenwalde	20 J.
3.8. Margarete Müller	Schöneiche	84 J.
6.8. Ismail Al-Kayed	Fürstenwalde	20 J.
7.8. Wolfgang Kurch	Schöneiche	86 J.
9.8. Wolfgang Wittmer	Schöneiche	70 J.
10.8. Karl-Heinz Lindeke	Storkow	88 J.
13.8. Helga Pickart	Bad Saarow	80 J.
17.8. Edelgard Gutjahr	Woltersdorf	85 J.
18.8. Charlotte Friedrich	Woltersdorf	81 J.
18.8. Hildegard Haschke	Sprenghagen, OT Hartmannsdorf	87
18.8. Gertrud Jahnke	Fürstenwalde	92 J.
19.8. Heinz Frank	Fürstenwalde	88 J.
21.8. Gudrun Flaig	Eisenhüttenstadt	75 J.
23.8. Gisela Werner	Fürstenwalde	89 J.
26.8. Irene Liesegang	Bernau, OT Schönöw	95 J.
29.8. Rolf Bazyl	Eisenhüttenstadt	81 J.
30.8. Heinz Drescher	Schöneiche	84 J.
30.8. Kurt Schober	Eisenhüttenstadt	91 J.

DIE LINKE Oder-Spree

■ Kreisgeschäftsstelle

Mühlenstraße 15 • 15517 Fürstenwalde
Telefon (0 33 61) 3 30 69 • Fax (0 33 61) 34 26 24

E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de

geöffnet: Mo. 10–12 u. 13–16 Uhr, Di. 10–12 u. 13–16 Uhr

Do. 10–12 Uhr, u. nach telefonischer Vereinbarung

Kasse: Do. 10–12 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Beeskow

Bahnhofstraße 29 • 15848 Beeskow

Telefon: (0 33 66) 2 02 02

E-Mail: kontakt@linke-beeskow.de

geöffnet: Di. 10–12 Uhr, Do. 14–16 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Eisenhüttenstadt

Lindenallee 30 (Rotes Café) • 15890 Eisenhüttenstadt

Telefon: (0 33 64) 4 42 51

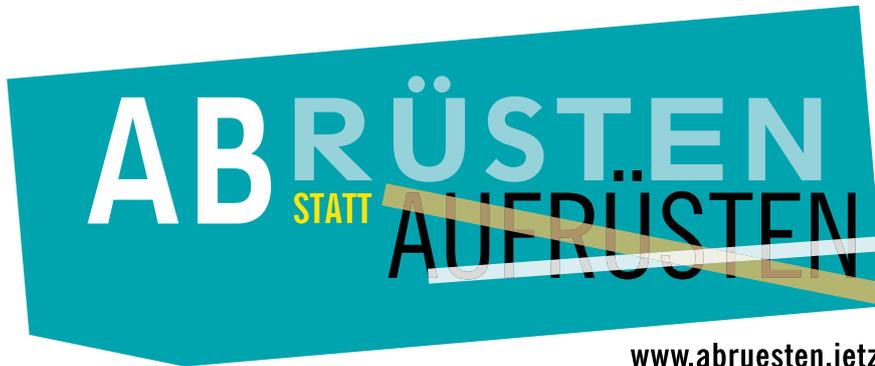
E-Mail: dielinke-ehst@t-online.de

geöffnet: Mo. und Do. 15–18 Uhr

www.dielinke-oder-spree.de

Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). So wurde es in der NATO vereinbart.

Zwei Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so bei Schulen und Kitas, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, Kommunalen Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe.



www.abruersten.jetzt

Auch sicherheitspolitisch bringt eine Debatte nichts, die zusätzlich Unsummen für die militärische Aufrüstung fordert. Stattdessen brauchen wir mehr Mittel für Konfliktprävention als Hauptziel der Außen- und Entwicklungspolitik.

**Militär löst keine Probleme.
Schluss damit.
Eine andere Politik muss her.**

Damit wollen wir anfangen:
Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen, Entspannungspolitik auch mit Russland, verhandeln und abrüsten. Diese Einsichten werden wir überall in unserer Gesellschaft verbreiten. **Damit wollen wir helfen, einen neuen Kalten Krieg abzuwenden.**

Was bleibt?

*Chancen zu nutzen,
oder zu vergeben.
Wege zu gehen –
oder sitzenzubleiben.*

*Zu glauben,
oder zu wissen.
Oberflächlich,
oder tiefgründig zu sein.*

*Neugierig,
oder gleichgültig zu sein.
Ziele zu haben,
oder ziellos zu sein.*

*Wünsche zu haben,
oder wunschlos zu sein.
Verliebt,
oder unglücklich zu sein.*

Was bleibt:

*Was wollen wir,
was willst du?*

*Leben bis zu deinem Tod –
oder
Tot sein –
wenn du noch lebst?*

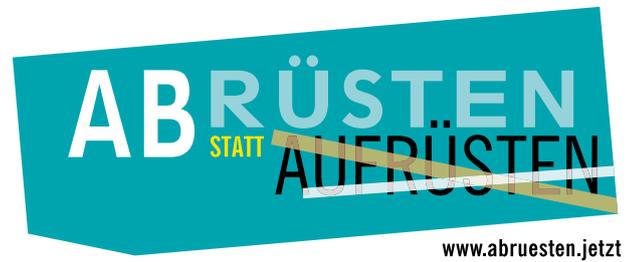
René Lindenau



Entnommen aus
„VerDichtetes I“,
S. 148, NIBE Verlag, 2017,
ISBN:
978-3-947002-37-5,
www.nibe-versand.de

Zucker-Kasten





Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt
Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77
60329 Frankfurt a.M.

Wenn Sie die Kampagne finanziell unterstützen wollen, überweisen Sie Ihre Spende bitte auf das Konto:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V.
Konto Frankfurter Sparkasse
IBAN DE20 5005 0201 0200 0813 90
BIC HELADEF1822

Stichwort: ABRÜSTEN (steuerabzugsfähig)

Ja, ich unterzeichne die Erklärung: **ABRÜSTEN** statt Aufrüsten!

1

Name, Vorname _____ Straße, PLZ, Wohnort _____

Unterschrift _____ Email _____ Weitere Infos erwünscht

Mit der Veröffentlichung meines Namens (online) bin ich einverstanden. Bitte senden Sie mir weitere Unterschriftenlisten.

2

Name, Vorname _____ Straße, PLZ, Wohnort _____

Unterschrift _____ Email _____ Weitere Infos erwünscht

Mit der Veröffentlichung meines Namens (online) bin ich einverstanden. Bitte senden Sie mir weitere Unterschriftenlisten.

3

Name, Vorname _____ Straße, PLZ, Wohnort _____

Unterschrift _____ Email _____ Weitere Infos erwünscht

Mit der Veröffentlichung meines Namens (online) bin ich einverstanden. Bitte senden Sie mir weitere Unterschriftenlisten.

4

Name, Vorname _____ Straße, PLZ, Wohnort _____

Unterschrift _____ Email _____ Weitere Infos erwünscht

Mit der Veröffentlichung meines Namens (online) bin ich einverstanden. Bitte senden Sie mir weitere Unterschriftenlisten.

5

Name, Vorname _____ Straße, PLZ, Wohnort _____

Unterschrift _____ Email _____ Weitere Infos erwünscht

Mit der Veröffentlichung meines Namens (online) bin ich einverstanden. Bitte senden Sie mir weitere Unterschriftenlisten.

6

Name, Vorname _____ Straße, PLZ, Wohnort _____

Unterschrift _____ Email _____ Weitere Infos erwünscht

Mit der Veröffentlichung meines Namens (online) bin ich einverstanden. Bitte senden Sie mir weitere Unterschriftenlisten.

Bitte schicken Sie die Unterschriftenliste entweder an:

Netzwerk Friedenskooperative · Römerstraße 88 · 53111 Bonn · Tel. 0228.692904 · Fax 0228.692906 · friekoop@friedenskooperative.de **oder**
Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V. · c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt · Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77 · 60329 Frankfurt a.M.

ABRÜSTEN
STATT ~~AUFRÜSTEN~~

30 MILLIARDEN
MEHR FÜR'S MILITÄR?
DAS IST WAHNSINN!

UNTERZEICHNE
JETZT!

www.abruesten.jetzt